Abonnementspreis
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Nach der Arbeit" vierteljährlich ... bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6682) pro Vierteljahr M. 2.75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
an Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.
Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mehrfacher Wiederholung wird Rabatt gewährt. ... Inserate müssen bis spätestens früh 10 Uhr in der Expedition abgegeben sein, ...

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 229. Dresden, Freitag den 3. Oktober 1902. 13. Jahrg.

Fertig zur Attacke!

Nach 110 langen, manchmal amüsierlichen, manchmal qualvollen Sitzungen ist nunmehr der Wuchertarif in der Kommission durch zwei Lesungen hindurchgepeitscht worden; am nächsten Montag soll noch der Bericht festgestellt werden — bei dem Umfange des Beratungsstoffes nichts anderes als eine Formalität —, und dann kann am 15. Oktober der Kampf im Plenum des Reichstags beginnen. Die Lage ist noch genau so verworren, wie nach der ersten Lesung: auf der einen Seite steht die Regierung, die ihr „Unannehmbar" durch den Mund des Grafen Posadowsky wiederholt hat mitteilen lassen, auf der anderen Seite steht das übermütige Agrariertum, das sich mit der Ausplünderung des Volkes nach den Sätzen der Regierungsvorlage nicht genügen läßt, sondern dem Proletarier auch noch den letzten Bissen nehmen will. Und die famosen „Kompromißbeschlüsse", die den Ruin für ganze Volksmassen bedeuten, sind in zweiter Lesung bestätigt worden!

Wenn's nach dem Willen der Kommissionsmehrheit geht, dann sollen die Hauptgetreidearten mit Wucherzöllen in der Höhe von 7 und 7½ Mark belastet werden; diese Sätze soll die Regierung beim Abschluß von Handelsverträgen — wer lacht da? — auf höchstens 5½ und 6 Mark ermäßigen dürfen. Die noch weiter gehende Forderung der Agrarier vom Kaliber Hahn, einen einheitlichen Minimalzoll von 7½ Mark festzusetzen, wurde zwar abgelehnt, wird aber hoffentlich im Plenum des Reichstags eine fröhliche Urständ feiern: denn an der Verrücktheit der agrarischen Forderungen muß das Wuchergeschäft scheitern. Je toller, desto besser! In einer Zeit der bittersten Fleischteuerung, wo nur politische Harlekins oder halbbankrotte Spekulanten der Not des Volkes noch den Spott hinzufügen können — in einer solchen Zeit wagen die Ueberagrarier aus den Mehrheitsparteien trotz des lebhaftesten Widerspruchs der Regierung die Viehzölle auf eine geradezu verrückte Höhe hinaufzutreiben und zugleich zu binden. Während bisher für den Doppelzentner Lebendgewicht bei Ochsen 25½ Mark Zoll zu entrichten waren, will die Kommission diesen Satz auf 105 bis 130 Mark gesteigert wissen; bei Kühen von 9 auf 80 Mark, bei Bullen von 9 auf 90 Mark, bei Schweinen von 5 auf 16 bis 20 Mark, und so fort mit Grazie.

So wie diese Kommissionsmehrheit gehandelt hat, können nur Vabanque-Spieler vorgehen. Das trat in der letzten Sitzung deutlich hervor, wo die Feigenblätter mit zur Diskussion standen, mit denen das Zentrum seine Schande zu verhüllen sucht: die Furcht vor dem Zorn der Wählermassen ist groß und berechtigt, da gilt es also beizeiten für den nötigen Sand zu sorgen, der den Empörten in die Augen gestreut werden soll. Aber der Schachzug wurde doch recht kläglich ausgeführt: der Witwen- und Waisenantrag wurde nur angenommen, weil bei der Abstimmung der nationalliberale Abgeordnete Dr. Beumer fehlte. Vielleicht wäre den Zentrumsmännern seine Anwesenheit und die Niederstimmung ihres Antrags aber noch lieber gewesen, als seine Annahme: denn Ernst ist es ihnen ja doch nicht damit! Werden nach dem Wortlaute jenes Antrags der Reichskasse die zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem Zollwucher, gleichgültig für welche Zwecke, entzogen, dann erheischt das kolossale Reichsdefizit gebieterisch die Einführung neuer Steuern: Zollwucher und neue Steuern sind aber auch für den schafsgeduldigen deutschen Michel ein gar zu starkes Stück. Das weiß auch der Verwalter des Reichsdefizits, der Schatzsekretär v. Thielmann, sehr wohl: das Defizit des nächsten Jahres werde sich, so sagte er, auf mehr denn 150 Millionen belaufen. Seine Schätzung sei ziemlich richtig; an diesem Defizit sei nichts mehr zu ändern, da es aus Ursachen herrühre, die feststehen, wie die Steigerung gesetzlich feststehender Ausgaben. Die Folgen des gestellten Antrages seien gar nicht zu übersehen, deshalb empfehle er die Ablehnung. Diesen Ausführungen trat der Abgeordnete Ledebour sofort entgegen:

Der Reichskanzler habe im Prinzip dem Zentrumsantrag seine Zustimmung gegeben, indem er sich für die Verwendung erklärt habe. Was aber sei für ein Verlaß auf einen Minister von heute und wenn es selbst der Reichskanzler sei! Wer wisse denn, wie lange Graf Bülow noch am Ruder bleibe? Es sei doch möglich, daß Podbielski bald sein Nachfolger werde. (Heiterkeit.) Gewiß, ein Minister, der für seinen Bauch so viel Rücksicht verlange wie Podbielski, sei unter allen Generalen, die Anwartschaft haben, Reichskanzler zu werden, zweifellos am ehesten dran. (Erneute Heiterkeit.)

Nun entspann sich eine sehr lustige Szene: Nach Rücksprache mit seinen Nachbarn erklärt Vorsitzender Rettich, daß die Bezugnahme des Abgeordneten Ledebour auf den Bauch des Herrn v. Podbielski in dem Zusammenhange wie sie geschehen sei, nicht geduldet werden könne. Er müsse sie ausdrücklich als unzulässig erklären. (Lebhafter Widerspruch links.) Abg. Ledebour: Sie haben wohl nicht verstanden, Herr Rettich, daß ich Bezug genommen habe auf eine Aeußerung Podbielskis, freilich ohne den rohen Ausdruck zu wiederholen, den dieser gebraucht hat? Vors. Rettich: Ich weiß nicht, was Sie mit dem Bauche meinen. (Heiterkeit.) Abg. Ledebour: Dann sind Sie wohl durch die Verwaltung des Vorsitzes zu sehr in Anspruch genommen, um Zeitungen lesen zu können? Vors. Rettich: Auf Zeitungsnachrichten gebe ich nichts. (Heiterkeit links.)

Ja, was ist auf die Verheißungen der Minister zu geben! Sie sind vergänglich, „wie die Blumen des Feldes", um einmal poetisch auszudrücken, daß sie täglich vom Lukanus geholt werden können. Sie schwanken wie Rohr im Winde und wissen nicht aus noch ein. Nicht das „Unannehmbar" Bülows ist die Hoffnung der Volksfreunde, sondern die auf tiefen Interessengegensätzen beruhende Uneinigkeit der Zollwucherer. Dabei sehen die Minister das Wucherschiff mit Anträgen überlastet, die sein Sinken beschleunigen müssen. Dazu gehört auch der Antrag auf Aufhebung der städtischen Oktrois auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, auf Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett nach Inkrafttreten des Zolltarifs. Die Nationalliberalen, die Partei „Drehscheibe", suchten hier einen klaren Standpunkt zu umgehen und beantragten eine schwächliche Resolution, die erst die Vorlegung eines dahingehenden Gesetzentwurfes für das Jahr 1910 fordert. Eine ganze Reihe Regierungsvertreter sprachen sich gegen den § 10a aus, der eine Aenderung der Verfassung enthalte. Das Ergebnis war schließlich die Aufrechterhaltung des § 10a, der die Aufhebung fordert.

Die Sozialdemokraten brachten darauf noch einen wahrhaft volkstümlichen Antrag auf Einschaltung eines § 10b vor: „Aus den Erträgnissen der Zölle, die bei der Einfuhr von Waren in das deutsche Zollgebiet erhoben werden, sind jährlich 60 Millionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kleinbauern, insbesondere durch Verbesserung und Bau von Landwegen und Kanälen, zu verwenden."

Der Antrag wurde abgelehnt! Dann beschloß die Kommission noch die Aufrechterhaltung der Fristbestimmung aus erster Lesung (1. Januar 1905) trotz lebhafter Bekämpfung durch die Regierung — und die zweite Lesung war beendet.

Diese Verhandlungen sind für viele überraschend schnell zu Ende gegangen; man hatte hier und da erwartet, sie würden sich endlos hinziehen; das ist nicht der Fall gewesen. Ohne jede Spur von Obstruktion durch die Linke konnte die Mehrheit ihr Werk vollenden. Die Entscheidung ist dem Plenum vorbehalten. Und alles ist zur Attacke gerüstet. Weit entfernt von unzeitigem Optimismus haben wir doch das feste Vertrauen auf den Sieg unserer guten Sache. Zum Wohle des Volkes gedenken wir den Wuchertarif dahin zu befördern, wohin er gehört — in den Orkus.

Politische Uebersicht.

Agrarische Wirtschaft.

Der Endell-Skandal wird aufgefrischt und diesmal in gründlichster Weise. Ein von dem betriebsamen Major a. D. Endell schwer gereizter und materiell geschädigter Mann, der ehemalige Posener Genossenschaftsrevisor Magnus Bühring, packt aus. Er hat, nachdem er auf Betreiben Endells entlassen worden ist, eine Broschüre Zur Abwehr und Aufklärung veröffentlicht, worin er sich verteidigt gegen die ihn herabsetzende und schädigende Erklärung, die der Ausschuß des landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes der Provinz Posen für seine Entlassung gegeben hat. Er sucht den Beweis zu erbringen, daß er dem Hasse des Majors a. D. Endell geopfert wurde und daß dieser Haß entsprang einmal der Eifersucht Endells auf Bührings Erfolge bei der Genossenschaftsgründung, zum anderen Endells Wut über eine scharfe Kritik, die Bühring an der Handlungsweise des Majors in der bekannten „Vorschuß"-geschichte geübt hatte.

Bühring beruft sich auf ein glänzendes Zeugnis, das der Genossenschaftsverband ihm bei der Entlassung ausgestellt hat. Die Broschüre erzählt, Major Endell habe verlangt, daß alle Mitglieder der Genossenschaften zugleich Mitglieder des Bundes der Landwirte werden müßten, und zwar begründete er dies Verlangen damit, „es könne doch keinen so einfältigen Menschen geben, der Genossenschaften gründe aus ethischen oder sozialen Gesichtspunkten, sondern man gründe Genossenschaften doch nur ihres politischen

Es lebe die Kunst!

Roman von Klara Viebig.

(2. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

Die Widmann fuhr auf. „Töne findet sie darin, Töne! Die ganze unterdrückte Frauenseele macht sich Luft. Es ist unerhört von Maier! Er taugt nichts, wie alle Verleger!"

„Ich finde Maier sehr gut."

„Sie verlegen doch aber nicht bei ihm?"

Frau von Lindenhayn zuckte die Achseln, es konnte ebenso gut „nein" wie „ja" bedeuten. Sie verriet nicht, daß sie ihm ihr neuestes Buch angeboten hatte.

„Natürlich „nein"," sagte Bolten, „sonst hätte ihn unsere Freundin doch nicht gelobt. Ich möchte den Autor sehen, der mit seinem Verleger zufrieden ist! Mit dem Redakteur geht's ebenso. Ich allein mache eine rühmliche Ausnahme, nicht wahr, meine Damen?"

„Ja, Sie! Doktorchen, Sie!" Die drei überschütteten ihn mit Komplimenten.

Elisabeth wunderte sich, sie hatte bis jetzt noch nicht gewußt, daß Damen einem Herrn die Kur machen. Sie sollte dem Doktor eigentlich auch etwas Angenehmes sagen; Frau Mannhardt hatte ihr eingeschärft, besonders liebenswürdig gegen ihn zu sein. Es fiel ihr gar nichts ein. Eine unsichtbare Hand legte sich auf ihren Mund, eine Stimme tief innen sprach: „Du wirst doch nicht? Einschmeicheln — pfui!" Sie saß wie ein Stock.

Nun nahte die Dame des Hauses und brachte Goedeke mit. „Hier, Liebchen!" Sie winkte Elisabeth zu sich, und diese sprang froh auf; ihr war so beklommen zu Mute auf dem kleinen Sofa hinter der spanischen Wand. „Hier, ich möchte Sie mit Herrn Eugen Goedeke bekannt machen, er ist sehr entzückt von Ihrer Novelle." Sie huschte fort.

„Ich werde Sie im litterarischen Klub vorlesen lassen, Fräulein," sagte Goedeke. „Sie lesen ganz nett. Morgen über vierzehn Tage! Ich schreibe Ihnen noch drüber."

„Wirklich?!" Wieder dies Aufleuchten des Mädchengesichtes. „Was, wo soll ich lesen?" Sie atmete hastig, wie bei schnellem Lauf. „Wie gütig von Ihnen!"

„Geben Sie mir Ihre Adresse."

„Lützow-Straße 8, 4 Treppen." Sie lachte glückselig. „Ich habe sie auch schon dem Herrn Maier gegeben. Dem großen Verlagsbuchhändler, wissen Sie!" Sie biß sich auf die Unterlippe und preßte die Hände ineinander, als müsse sie so einen lauten Freudenschrei unterdrücken. „Habe ich ein Glück!"

„Na," er sah sie von unten bis oben an, machte ein bedenkliches Gesicht und schüttelte dann gravitätisch den Kopf, „ich möchte Ihnen doch raten, sich da quasi nicht zu illusionieren. Ich kenne Maier. Uebrigens, was hat er denn zu bedeuten?!" Er zuckte die Achseln. „Das bißchen Moderne!"

Sie sah ihn ganz enttäuscht an. „Ich dächte doch —"

„Ja, liebes Fräulein," er lächelte überlegen. „Sie kennen die hiesigen Verhältnisse nicht. Lauter Komplikationen, sage ich. Sie können sich schon auf meinen Scharfblick verlassen. Diese Leute, pah! —" er machte eine wegwerfende Handbewegung — „alles Mumpitz!"

„Aber wieso denn?" Das Mädchen wurde ganz blaß. „Eben sagte noch die Dame, die schöne Frau von Linden — Linden — ach, Sie wissen schon! Die dort in dem ausgeschnittenen Sammetkleid und dem Brillantstern — die schien viel Wert auf Herrn Maier zu legen!"

„Kunststück! Er wird ihr neuestes Buch verlegen sollen, nimmt ja kein anständiger Verlag. Lauter Nuditäten! Wissen Sie, Fräulein —" Goedeke beugte sich näher und flüsterte geheimnisvoll — „Intriguen, Komplikationen, nichts weiter, trauen Sie keinem! Mit dem —" er blinzelte mit einem Auge nach Bolten — „mit dem lassen Sie sich man schon jar nicht ein!"

„Aber die Damen, mein Gott, die berühmten Schriftstellerinnen, alle drei sind doch mit ihm —"

Er ließ sie gar nicht ausreden. „Lauter Komplikationen! Aber —" er klopfte ihr auf die Hand — „seien Sie nur ganz außer Sorge! Ich bin auch noch da, und was ich anfange —" er rieb sich die Hände und blies die Backen auf — „hat immer Chik! Da habe ich neulich" — er brach ab und fuhr hastig herum — „rief da nicht jemand meinen Namen? Ach ja, Direktor Schwertfeger!" Er hielt die Hand vor den Mund: „Janz jenialer Direktor! Sucht den dritten Mann zum Skat. Ja, ja, ich komme schon, Verehrtester! Verzeihen Sie, Fräulein, ich bin unabkömmlich!" Er machte eine hastige Verbeugung. „Sie hören noch von mir!" Fort war er.

Elisabeth sah noch, wie sein schwarzer Frack zwischen Thüren und Menschen durchschwänzelte; sie wußte nicht recht, warum, aber sie hatte große Lust zu lachen. Der Kopf wirbelte ihr; langsam ging sie zum Sofa zurück.

„Der gute Goedeke hat sich ja ordentlich ins Zeug gelegt!" sagte Bolten.

„Was ist der Herr?" fragte Elisabeth schüchtern.

Ein heimliches Lächeln glitt über die Gesichter. Keine Antwort.

„Wer ist er eigentlich?" fragte sie noch einmal.

„Das „eigentlich" ist köstlich! Haha! Hahaha!" platzte der Doktor heraus, er schien sich zu amüsieren. „Ja, mein Fräulein, da fragen Sie etwas viel. Sagen wir" — er dämpfte seine Stimme — „Hans in allen Ecken. Ein reicher Mann mit litterarischen Ambitionen. „Ich ambitioniere", würde er sagen; er sitzt im Vorstand aller möglichen und unmöglichen Vereine, hat Geld bei Zeitungen, Journalen und Theatern, darf deshalb mehr oder weniger ein Wort mit dreinreden. Im übrigen versteht er von der Litteratur so viel, wie der Ochs vom Lautenschlagen."

„Ach!" Mehr brachte Elisabeth nicht heraus. Sie saß ganz stumm und steif. Es war gut, daß es hier bald zu Ende ging; einzelne empfahlen sich schon. Sie unterdrückte ein Gähnen, eine große Müdigkeit kam über sie und eine leis sich regende Enttäuschung. Diese wich erst, als Frau Leonore sie beim Abschied in die Arme schloß.

„Liebes Kind, reizend! Man hat mir unausgesetzt Komplimente gemacht. Ich habe Sie Doktor Bolten warm empfohlen; Verlagsbuchhändler Maier hat mindestens eine halbe Stunde mit mir über Sie gesprochen. Zu schade, daß unser Eisenlohr heute nicht hier sein konnte, aber ich hoffe, ein andermal! Ich muß Sie mit unserem größten Dichter bekannt machen!"

„Sie sind so gut!" Elisabeth beugte sich über Frau Leonores kleine Hand und drückte ihre warmen Lippen darauf.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021003/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

„Zweckes halber". Endell machte Genossenschaften, die unvermutet revidiert werden sollten, davon vorher Mitteilung. Ueber die Vermögensverhältnisse und die Kassenführung und „Vorschüsse" des Majors Endell macht Bühring Angaben, die sich in derselben Richtung bewegen wie die früheren Andeutungen. Der Vorstand des Verbandes, Oekonomierat Hunnerath, erklärte, als ihm einer der Endell besonders belastenden Zeitungsartikel vorgelegt wurde: „Es ist gut, daß die Leute nicht mehr wissen, sonst könnte die Sache noch sehr schlimm werden."

Die Sache wird auf alle Fälle ein gerichtliches Nachspiel haben, da Bühring den Herrn Major verklagt hat. Ob der klagt, ist nämlich nicht so sicher, er fordert lieber auf Pistolen. Nun wird er sich also doch wohl der Rechtfertigung seiner Handlungsweise in der Oeffentlichkeit des Gerichtssaales befleißigen müssen. Gelingt es ihm nicht zweifelsohne, so hat eine oft auch zu offiziösen Verlautbarungen dienende Korrespondenz recht, wenn sie sagt: „In der Provinz Posen haben sich Zustände entwickelt, die an die Camorra in Neapel erinnern."

Deutsches Reich.

Berlin, 4. Oktober. Dieser Mortimer starb den unentwegten Freisinnigen sehr gelegen! Gestern entschlief zu Berlin nach langen Leiden der zweimal zum Bürgermeister von Berlin gewählte und zweimal nicht bestätigte Stadtrat Gustav Kauffmann. Wir haben die für den deutschen Liberalismus so blamable Geschichte dieser Bürgermeisterwahl in unserer Nummer vom 21. September noch einmal ausführlich dargestellt: es bleibt dabei, daß die Unentwegten aus Angst vor einem Konflikt mit der Krone Kauffmann fallen ließen. Als Kauffmann, ein gebrochener Mensch, des Drängens der „guten Freunde" müde, seine Bewerbung zurückzog, atmeten sie auf. Jetzt ist er gestorben. Die Gefahr, daß er als ein lebendiges Menetekel des Niedergangs der Bourgeoisie einherging, ist beseitigt. Wohl den Unentwegten!

— Die Nationalsozialen haben sich seit langer Zeit unseren Genossen Abgeordneten Heine zum Opfer ihrer Aufdringlichkeit ausgesucht. Ihr Trick besteht bekanntlich darin, einige unserer Parteigenossen, wie Auer, Heine und gelegentlich auch andere für sich zu reklamieren, um sie dadurch in den Augen der Proletarier herabzusetzen und aus der Partei zu treiben. Dem letzten Versuch dieser Art, eine zu München gehaltene Rede auszuschlachten, tritt Genosse Heine im Vorwärts energisch entgegen. Er nennt den in der nationalsozialen Zeit erschienenen Bericht über seine Rede eine abenteuerliche Phantasie und bezeichnet das, was dort gesagt worden ist, mit Recht als politische Halluzinationen. Dem nationalsozialen Gewährsmanne weist er nach, daß er Dinge berichtet habe, die von ihm weder dem Sinne noch der Form nach gesagt worden seien, daß er einzelne Sätze aus dem Zusammenhange gerissen und dadurch in ihrem Inhalte verdreht habe. Wir wollen abwarten, wie lange diese Lektion wirken wird.

— Dem B. T. zufolge neigt man in parlamentarischen Kreisen zu der Annahme, daß die ganze erste Woche der am 14. Oktober wieder beginnenden Plenarverhandlungen des Reichstages mit den Debatten über die zur ersten Sitzung auf der Tagesordnung stehenden Petitionen verfließen werde, ehe die zweite Lesung des Zolltarifes ihren Anfang nimmt.

— In der Zolltarifkommission des Reichstages werden teils mündliche, teils schriftliche Berichte über den Tarif erstattet werden. Für die einzelnen Abschnitte sind verschiedene Referenten ausersehen worden. Ueber die Getreidezölle wird Graf Schwerin an das Plenum mündlich referieren. Ueber die Eisenzölle ist eine schriftliche Berichterstattung dem Abgeordneten Letocha übertragen worden.

— Der Zentrumsabgeordnete Rintelen, ein hochbetagter Mann, ist in Berlin erkrankt.

Der Empfang der Burengenerale durch den Kaiser. Die Köln. Ztg. giebt in einem Berliner Telegramm die offiziöse Antwort auf die Aufregung der englischen Jingopresse. Das Telegramm konstatiert mit Genugthuung, daß in England eine ruhige und verständigere Auffassung über den Besuch der Burengenerale aufgekommen sei und daß die Ausfälle der Times und des Standard gegen den Kaiser und die deutsche Politik nicht Anspruch erheben könnten, die öffentliche Meinung von ganz England zu vertreten. Die Besorgnis, daß der Empfang erneute englandfeindliche Kundgebungen hervorrufen könnte, sei absolut ungerechtfertigt. Im Gegenteil: ein Empfang der Generale durch den Kaiser werde verhindern, daß der Besuch zu groben Kundgebungen mißbraucht werde. Die Auslassungen der Times wirkten in dieser Beziehung geradezu provokatorisch; indessen verfügten wir über zu kaltes Blut, um denen einen Gefallen zu erweisen, die uns mit England verhetzen wollten.

Damit sollte die Lappalie nun erledigt sein: die Vernünftigen in England und Deutschland haben dem ganzen Schauspiel nur mit Achselzucken zuschauen können. Uebrigens bemerkt das Berl. Tagebl. anscheinend auch offiziös, die Möglichkeit eines Empfanges durch den Kaiser sei nur vorhanden, wenn die Generale sich mit einem entsprechenden Gesuch an den englischen Botschafter wenden. „Ob dieses Gesuch bereits auf der englischen Botschaft eingegangen ist, ist den betreffenden deutschen amtlichen Stellen noch nicht bekannt. Jedenfalls aber erwartet man eine allerseits befriedigende Erledigung der Angelegenheit."

Aller guten Dinge sind drei! Der Landwirtschaftsminister v. Podbielski hat die Einfuhr lebender Schweine aus Oesterreich gestattet; allerdings sind es nur drei Stück, die dieses Vorrecht genießen. Der Allg. Fleischerztg. in Berlin ist nämlich, trotzdem die Grenzen für ausländisches Vieh geschlossen sind, die Erlaubnis zu teil geworden, drei österreichische Schweine einzuführen; und zwar sollen diese Tiere Versuchen dienen. Man will versuchen, durch vergleichende Behandlung zu ergründen, ob aus deutschen Schweinen der beliebte Prager Schinken herzustellen ist.

Grauenhafter Undank soll Oertel winken. Die agrarischen Interessen werden einigen bündlerischen Heißspornen noch immer nicht wirksam genug vertreten, und deswegen soll eine neue Tageszeitung in Berlin gegründet werden. Hinter dem Plan steht nach dem Konf. der Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin Delbrück. — Das hat die selbst vor krachenden Thronen nicht zurückschreckende Deutsche Tageszeitung wirklich nicht verdient.

Wieder eine neue Kanone? Aus London wird vom 2. Oktober berichtet: Es verlautet, der Londoner Ingenieur Simpson habe eine schnellfeuernde Kanone erfunden, die den Rückprall durch einen ganz neuen Prozeß um 85 Proz. verringert. Die Erfindung sei von der deutschen Regierung erworben worden.

g. **Der „Großglockner" des bayrischen Landtages,** Herr v. Orterer, ist bekanntlich ein Mann, der für seine eigene Person eine ungemeine Hochschätzung empfindet und sich auch nicht scheut, dies öffentlich zu dokumentieren. Diejenigen, die noch so weit in der Zivilisation zurück sind, daß sie den kleinen großen Mann nicht kennen, sind in seinen Augen „Ochsen", und er hat ja schon an den Perronsperren der Bahnhöfe lebhafte Szenen hervorgerufen, weil die Bediensteten so wenig Respekt vor seiner gewichtigen Person bezeugten, ihm die Fahrkarte abzuverlangen. Aber auch anderwärts liebt er es, sich als einen Mann, der in der Politik eine Rolle spielt, vorzustellen. Vor einiger Zeit befand er sich als Prüfungskommissar auf einer Inspektionsreise und hatte u. a. auch in dem unterfränkischen Städtchen Münnerstadt Abiturienten zu prüfen. Hier hielt er für angemessen, seinen Prüflingen über ihre Kenntnisse in der politischen Verfassung des deutschen Reiches auf den Zahn zu fühlen und richtete an einen der Schüler die Frage, wie viel Abgeordnete der deutsche Reichstag zähle. Der durch diese Frage verblüffte junge Mann blieb die Antwort schuldig. „Haben Sie denn noch keinen Abgeordneten gesehen?" flötete es wiederum von des Gewaltigen Lippen. — „Nein!" mußte beschämt und zaudernd der doppelt „Gefragte" zugestehen. — „Na, dann schauen Sie mich an!" gab der bedeutendste Mann der Neuzeit im Hochgefühl seiner Würde zurück und warf sich stolz in die etwas eng geratene Mannesbrust. In der Hochachtung der Schüler war er nunmehr sicherlich um mindestens das Doppelte gestiegen.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Vom Chemnitzer Landgericht wurde der Musiker Zolling in Limbach wegen Beleidigung des deutschen Kaisers zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen.

Wegen Beleidigung eines Knaben, des jüngsten Sohnes des Kaisers, des 1890 geborenen Prinzen Joachim, ist nach der Post in Elbing ein Käsereipächter zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. Die beleidigende Aeußerung erfolgte aus Anlaß eines Ausflugs des Prinzen Joachim von Cadinen nach Elbing.

Wegen Beleidigung Wilhelms II. verurteilte die Strafkammer zu Greifswald den Arbeiter Paul Rothbert zu 1½ Jahren Gefängnis.

Schweiz.

Die Bundesversammlung. Unser Z-Korrespondent schreibt uns vom 30. September: Die Herbstsession der schweizerischen Bundesversammlung hat gegen 50 Geschäfte zu behandeln; als wichtigste den Zolltarif, die Verkürzung der Arbeitszeit beim Betrieb der Transportanstalten, das sogenannte Militär-Maulkorbgesetz, Erleichterung der Einbürgerung und Unterstützung der Volksschule. In Sachen des Zolltarifs ist den agrarischen Ueberzöllnern nahegelegt worden, Vernunft anzunehmen, einzulenken und der Protestbewegung weiter Volkskreise einigermaßen entgegenzukommen; allein die Agrarier wollen unter allen Umständen ihren Raubzug auf die Taschen der Konsumenten ausführen und ihre Verbündeten machen dabei aus wahldemagogischen Gründen mit. Diese Taktik gehört auch zu der vielberufenen „reinlichen Wahlmoral" der bürgerlichen Politiker, mit der sie ihre Referendumsschwindeleien zur Irreführung der öffentlichen Meinung drapieren. Die Ueberzöllner werden aber doch umsonst arbeiten, denn über den Zolltarif kommt es sicher zur Volksabstimmung, in der seine Verwerfung schon heute als fast sicher angenommen werden kann.

Frankreich.

Verschärfung des antiklerikalen Kampfes. Der Matin erklärt, daß die Regierung zu Beginn der Session der Deputiertenkammer eine das Vereinsgesetz ergänzende Vorlage einbringen werde, durch die hauptsächlich die Strafbestimmungen gegen jene Kongregationen, die dem neuen Vereinsgesetz nicht entsprechen, verschärft werden sollen.

Der Kardinal Erzbischof Lecot von Bordeaux wird wegen seines Hirtenbriefes gegen die Schließung der Ordensschulen von dem Staatsrat verfolgt.

Spanien.

Ein Konflikt. Nach einer Meldung aus San Sebastian hat sich Jung-Alfons, der Pumphosenkönig von Spanien, geweigert, ein ihm vom Kriegsminister unterbreitetes Dekret zu unterzeichnen. Die Correspondencia militare sagt, der König dürfe der Verfassung zufolge seine Unterschrift nicht verweigern, wenn ein Dekret vom Minister unterzeichnet und vom Ministerrat bewilligt worden sei. Das Blatt fügt hinzu, General Weyler dürfte gegen dieses Verhalten protestieren, ein solcher Absolutismus müsse bekämpft werden. Was um so leichter geschehen kann, als ja die Generale in Spanien in solchen Lagen einfach mit einem Revolutiönchen zu drohen pflegen. — Vorläufig heißt es, daß Weyler sofort nach der Kammereröffnung seine Demission geben werde.

England.

Der Wiederzusammentritt des Parlaments ist für den 16. Oktober in Aussicht genommen. Das Unterrichtsgesetz wird in erster Linie zur Beratung gelangen.

Rußland.

Streikrecht für die Arbeiter will der Finanzminister Witte gewähren. Die Wiener Arbeiter-Zeitung teilt den Inhalt eines Schriftstücks mit, das er an den Reichsrat gerichtet hat und in dem eine Revision der Gesetzesbestimmungen, über die Verfolgung von Arbeitern wegen Streikens und Kontraktbruchs vorgeschlagen wird. In dem Schriftstücke wird ausgeführt, daß die Drohung mit Gefängnis und Verschickung der Arbeiter vom Vertragsbruch nicht abhalten könne und die Anwendung dieser Maßregel nur Erbitterung unter den Arbeitern hervorrufe. Außerdem sei für die Unternehmer die Verhaftung der Arbeiter von unangenehmen wirtschaftlichen Folgen begleitet. Die Einreihung der Arbeitseinstellungen unter die strafbaren Handlungen gebe auch einen zu großen Spielraum den Einmischungen der Polizei, die durch ihren Eifer nur Schaden und dem Unternehmer Schreibereien verursachen. Eine Eingabe der Moskauer Fabrikanten, die sich im selben Sinne äußert, hat in der Denkschrift Verwendung gefunden.

Die Denkschrift beweist, daß die zarische Regierung und das russische Unternehmertum daran verzweifeln, die Arbeiterbewegung jemals wieder ersticken zu können! Sie ist das Produkt, der Lohn des heroischen Kampfes, den die russischen Arbeiter geführt haben — ein überwältigender, erhebender Beweis dafür, daß die Arbeiterbewegung auch im Reich der Knute schon eine Macht geworden ist. Das Streikrecht, das den Arbeitern gegeben wird, ist die erste Bresche in die Burg des Absolutismus.

Eine verwegene Flucht aus dem Kiewer Gefängnis. Die Expedition der Iskra (des russischen Parteiorgans) für das Ausland sendet der Leipz. Volksztg. eine Mitteilung, die beginnt: Einige Tage nach der barbarischen Durchprügelung der politischen Gefangenen im Odessaer Gefängnis gelang es der Sozialdemokratie, die Regierung durch die Befreiung von 11 „wichtigen Verbrechern" zu „bestrafen", und aus der hervorgeht, daß 11 Genossen, die zum Teil schon länger als ein Jahr im Gefängnis saßen, aus dem Gefängnis zu Kiew entflohen sind.

Als „Instrumente" der Flucht dienten eine aus zerschnittenen Bettüchern zusammengenähte Leiter und ein Anker von zirka 10 Kilo Gewicht. Wie der letztere in die Hände der Gefangenen geraten war — das ist selbstverständlich ein Geheimnis der Organisatoren der Flucht. Am 18. August abends, als die Gefangenen im Gefängnishof der Mauer entlang spazierten, warfen sich einige von ihnen auf die nebenstehende Schildwache, knebelten ihr den Mund und banden sie an den Beinen und Armen. Während einige mit der Schildwache zu thun hatten, bildeten die übrigen eine lebendige Pyramide, „deren oberes Ende fast an den Gipfel der Mauer langte". Von da war es leicht, auf der Mauer den Anker zu befestigen, an dem einerseits die Leiter angebracht war, andererseits eine Leine, mittels deren man nach unten gelangen konnte.

Die Flüchtlinge sind in Sicherheit, zum Teil schon im Auslande.

Die russischen „Hakatisten". Immer neue Gewaltmittel wendet die zarische Regierung an, um Finnland, dem die Zaren die Selbständigkeit mit heiligen Eiden beschworen haben, vollständig auf die Stufe einer russischen Provinz herabzudrücken. Wie der Berl. Lokalanz. aus Helsingfors geschrieben wird, werden systematisch die selbständigen Elemente aus dem finnischen Senate, der höchsten Verwaltungsbehörde des Landes, entfernt und durch schwache und gefügige Charaktere ersetzt. Der Senat hat infolgedessen in seiner Politik besonders seit dem Sommer 1900 einer Nachgiebigkeits- und Demütigungspolitik gehuldigt, die den im Lande herrschenden Anschauungen durchaus widerlief. Eine am 8. September 1902 veröffentlichte neue Verordnung über „die Veränderung gewisser Teile des Senatsreglements" stellt die direkte Abhängigkeit des Senats vom Generalgouverneur her. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß fast alle wichtigen Fragen vom Senat nur in Gegenwart des russischen Generalgouverneurs oder seines Gehilfen behandelt werden dürfen. Der Generalgouverneur und sein Gehilfe (zur Zeit ein russischer Kurin, der von finnländischen Verhältnissen nichts weiß) sind außerdem berechtigt, mit Stimmrecht an den Entscheidungen des Senats teilzunehmen. Wiederholt wird in der neuen Verordnung betont, daß die Senatsbeamten dem Generalgouverneur und seinem Gehilfen Gehorsam schuldig sind.

Die verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Unabsetzbarkeit der Beamten und Richter werden mit Füßen getreten, das Petitionsrecht dem Volke willkürlich beschnitten, die selbständigen Beamten durch Kreaturen ersetzt, deren Befähigung in stockrussischer Gesinnung und in Charakterlumperei gesucht und gefunden wird. Das unglückliche Finnland wird voraussichtlich in kurzer Zeit von einem Heer unwissender und charakterloser russischer Glücksjäger und Streber überschwemmt werden.

Diese Nachrichten können nicht verfehlen, auch in Deutschland schmerzlich zu berühren. Wenn man aber das Schauspiel erlebt, daß sich gerade die polenfresserischen Hakatistenblätter am meisten gegen die Russifizierung Finnlands empören, dann kann man den Ekel gegen diese Heuchelei kaum unterdrücken.

Parteiangelegenheiten.

Reichstags-Kandidatur abgelehnt. Genosse Adolf Hoffmann-Berlin hat die Kandidatur für den 11. hannoverschen Wahlkreis abgelehnt, da der von den Einbecker Genossen mit seinem Einverständnis gestellte Antrag, eine Kreiskonferenz einzuberufen, welche die Kandidatur bestätigen und eine einheitliche Wahlagitation schaffen soll, von einer Versammlung des Osteroder Wahlvereins abgelehnt ist. Genosse Hoffmann hält unter solchen Umständen ein gedeihliches und einheitliches Zusammenarbeiten zum Besten der Partei für ausgeschlossen.

Ein Parteiveteran. Der Vorsitzende der Kontrolleure der sozialdemokratischen Partei, unser Genosse Meister, wurde jetzt 60 Jahre alt. Seit etwa 40 Jahren ist Meister in hervorragendem Maße in der Gewerkschaft und seit den 60er Jahren in gleicher Weise auch im politischen Leben thätig. Seit bald zwei Jahrzehnten ist er Vorsitzender des Verbandsausschusses des Allgemeinen deutschen Zigarrenarbeiter-Vereins. In den 60er Jahren wurde er Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, hat wesentlich zu der Gothaer Einigung beigetragen, ist seit 1884 Reichstagsabgeordneter, war seit der Mitte der 80er Jahre Mitglied des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei. Die Aufzählung dieser Daten zeigt, welch fruchtbare und mühevolle Arbeit unser Meister — scherzhaft der König von Hannover genannt — geleistet hat.

Die Leiden eines sozialdemokratischen Redakteurs bis zur Neige durchzukosten, ist dem Genossen Levy, dem früheren Redakteur der Erfurter Tribüne, bestimmt. Unser Parteiblatt schreibt: „Unser Genosse Rich. Levy wird fortdauernd vom Unglück verfolgt. Man erinnert sich des Aufsehen erregenden Urteils der Erfurter Strafkammer, die Levy wegen eines Witzes, in dem der deutsche Kaiser auch nicht einmal genannt, der aber von der Strafkammer als „Majestätsbeleidigung" angesehen wurde, zu der ungeheuerlichen Strafe von einem Jahre Gefängnis verurteilte. An anderen Orten war der „Witz", der süddeutschen Blättern entnommen war, völlig harmlos und wurde sogar nach Levys Verurteilung von einem anderen Blatte ohne schlimme Folgen für dasselbe nochmals abgedruckt. Und in Erfurt......? Levy erkrankte hierauf und konnte erst im August 1901 seine Strafe in Plötzensee — er war wegen seiner Erkrankung nach Berlin übergesiedelt — antreten. Inzwischen war er wegen einer weiteren „Beleidigung" abermals zu drei Monaten Gefängnis vom Erfurter Gericht verurteilt worden. Kurze Zeit nach Antritt seiner Strafe verlor Levy seine Mutter durch den Tod. Er erkrankte hierauf im Gefängnis an Lungenentzündung, wurde aber notdürftig wieder geheilt. Doch nur für kurze Zeit, denn bereits Mitte Mai dieses Jahres mußte er aus dem Gefängnis entlassen werden, da er bei einem weiteren Aufenthalt daselbst sein Leben in Gefahr war. Er mußte ins Augusta-Hospital in Berlin gebracht werden, das er erst Anfang Juni verließ, um sich in Privatbehandlung zu begeben. Geheimrat Professor Ewald stellte ihm ein Attest aus, in dem es heißt, daß „der Krankheitszustand des Redakteurs Levy ein derartiger ist, daß seine Ueberführung in eine Strafanstalt oder in ein dort befindliches Lazarett ohne Schaden für Leben und Gesundheit nicht erfolgen kann". Am 20. September bestätigte Professor Ewald sein früheres Gutachten nochmals und fügte hinzu: „Der Kranke ist um so weniger fähig, einen Transport während der kalten Wintermonate zu erleiden, als sich in regelmäßigen Intervallen starkes, bis zu 39 Grad ansteigendes Fieber einstellt. Vor Ablauf des nächsten Winters ist eine Inhaftierung des Kranken ausgeschlossen." In der That ein tragisches Schicksal. Und wenn Genosse Levy wirklich wieder gesund sein wird, dann hat er noch 7 Monate Gefängnis abzumachen. Er müßte in der Zwischenzeit seine Gesundheit außerordentlich kräftigen, wenn er den erneuten Gefängnisaufenthalt ohne Schaden überstehen sollte."

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Bergarbeiterstreik. Telegraphisch wird aus Lens gemeldet: Eine im dortigen Volkshause tagende Versammlung von 1000 Bergarbeitern sprach sich unter Forderung einer Lohnerhöhung für den sofortigen Ausstand aus.

Handel und Wandel.

Der Morgansche Dampfertrust ist nunmehr in Amerika in Trenton im Staate New-Jersey handelsgerichtlich eingetragen worden. Das Kapital beträgt 120 Mill. Dollar (480 Mill. Mark).

In England bildet man sich ein, dem Drachen des Morgantrustes die Giftzähne ausgebrochen zu haben; aber ein fernstehender Reeder fragt, was denn Morgan England eigentlich gewährt habe. Daß die englischen Schiffe weiter unter britischer Flagge segeln werden, das konnte Morgan ohnehin nicht verhindern, da nur in Amerika gebaute Schiffe die amerikanische Flagge führen dürfen. Das sei eine Bagatelle, wenn er die Kontrolle über die Gesellschaften in der Hand behält, was im vollsten Maße geschieht. Er gestatte britischen Schiffen die britische Bemannung: das ist sein Interesse, da diese billiger als amerikanische ist. Was den erwähnten Reeder aber am meisten überraschte, ist, daß Balfour erklärte, die Amerikaner hätten ein Recht, am atlantischen Handel teilzunehmen, und daß England ihnen dazu verhelfen müsse. Das Recht sei ihnen nicht zu bestreiten. Aber die Amerikaner sollen dafür in freier Konkurrenz kämpfen. In Amerika setzt man übrigens einen Frachtkrieg zwischen der subventionierten Cunardlinie und dem Morgantrust voraus. Unbestreitbar hat sich England mit der Subventionierung der Cunardlinie auf eine schiefe Ebene begeben.

Charles Steele, ein hervorragendes Mitglied des Morgan-Schifftrustes, erklärte einem Interviewer, daß, wenn auch die Teilhaberschaften von britischen Unterthanen geleitet werden würden, die Majorität der Direktoren der führenden Gesellschaft aus Amerikanern bestehen würde.

Der Konitzer Mord vor Gericht.

Am Donnerstag giebt zunächst die geistige Zeugenvernehmung des Kriminalkommissars Braun Gelegenheit zu Kreuz- und Querfragen. — Rechtsanwalt Dr. Hahn muß dabei zugeben, daß das

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021003/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der antisemitischen Auffassung verhältnismäßig günstige erste Gutachten war ein auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft erstattetes „vorläufiges“ Gutachten war. — Rechtsanwalt Sonnenfeld hebt hervor, daß es in dem Gutachten des Danziger Medizinalkollegiums heiße: Das Obduktions-Protokoll zeige so viele Lücken, daß nicht einmal eine Nachprüfung möglich sei. — Kriminalkommissar Braun bleibt dabei, daß unter normalen Verhältnissen dieser ganze Fall ein so geringfügiger gewesen wäre, daß er in acht Tagen hätte erledigt werden können. — Eine lebhafte Kontroverse ruft die Aeußerung des Zeugen hervor, daß der Fall zu unlauteren Zwecken ausgenutzt worden sei. Er erläutert dies auf Verlangen dahin: Als Hoffmann über den gegen ihn schwebenden Verdacht vernommen worden war, habe — keines Wissens Bruhn oder Maibauer — ihm sofort gesagt: Na, darauf haben wir ja bloß gewartet, daß Sie einen Christen verhaften werden. Wir haben schon Material gegen den wirklichen Thäter aufgespeichert, wir kennen den letzteren, denn wir haben einen Mann, der gesehen hat, wie die Leiche Winters aus dem Lewyschen Keller geschafft worden ist. — Angekl. Bruhn bestreitet entschieden, etwa zu unlauteren Zwecken dem Zeugen Material vorenthalten zu haben; er habe eine derartige Aeußerung nicht gemacht, sondern sofort, nachdem Masloff sein Geständnis abgelegt, dem Kriminalinspektor Braun davon Mitteilung gemacht. — Landgerichtsdirektor Opitz stellt fest, daß sämtliche in dieser Angelegenheit als Zeugen vernommenen oder zu vernehmenden amtlichen Personen ohne jeden Vorbehalt entbunden worden sind, um zu dokumentieren, daß von staatlicher oder irgendwelcher amtlicher Seite nichts zu verbergen ist. — Rechtsanwalt Simons: Hat denn der Zeuge Braun außer dem Aktenmaterial noch irgendwelches amtliche neue Material nach irgend einer Richtung hin zu seiner Verfügung? — Zeuge: Darüber kann ich mich doch hier nicht äußern; ich kann doch nicht durch irgendwelche Angaben den Gang der Untersuchung gefährden. — Rechtsanwalt Dr. Hahn: Dann stelle ich den formellen Antrag, den Minister oder den Polizeipräsidenten zu ersuchen, Herrn Braun auch nach dieser Richtung hin von der Pflicht der Amtsverschwiegenheit zu entbinden. Die Angeklagten haben den Beweis der Wahrheit angetreten und es ist wesentlich, daß nach allen Richtungen hin die Sache geklärt wird. — Staatsanwalt Kanzow: Wir wollen doch hier nicht den Rahmen des Prozesses verrücken! Wir haben hier nicht nach dem Mörder zu suchen, sondern uns mit den leichtfertig hingeworfenen Behauptungen der Staatsbürger-Zeitung zu beschäftigen, daß die Lewys die Mörder seien und die Behörden nicht ihre Schuldigkeit gethan haben. — Beisitzer Landgerichtsrat Wagner: Vielleicht erklärt der Zeuge, daß etwa vorhandenes neues Material sich nicht auf Lewy, Caspari oder Großmann bezieht. — Zeuge Braun: Diese Erklärung kann ich ohne weiteres abgeben. — Angeklagter Bruhn: Der Kriminalinspektor Braun hat zu mir unter anderem auch gesagt: Ich bin 30 Jahre Kriminalist, und wen Braun faßt, der ist der Thäter. Ist das nicht wahr? — Zeuge Braun glaubt nicht, daß er solche Aeußerung gethan. Jedenfalls sei sie nicht nach der verantwortlichen Vernehmung des Hoffmann geschehen.

Hierauf wird Erster Staatsanwalt Settegast, früher in Konitz, jetzt in Lüneburg, vernommen. Er habe zahlreiche Durchsuchungen persönlich geleitet; namentlich habe er die Räume der Schächter aufgesucht. Er habe überall nur die Geschäftsräume der Schächter untersucht, nicht die Wohnungen, weil er es für ausgeschlossen hielt, daß einer der Fleischer die schreckliche That in seiner beschränkten Wohnung verübt haben könnte. Auch das Synagogen-Grundstück habe er inspiziert. Er habe alle Spuren des Verbrechens gleichmäßig und unparteiisch verfolgt, ganz gleichgültig, ob sie gegen Hoch oder Gering, gegen Christen oder Juden sich richteten. Denn es kamen doch auch Personen höherer Stände in Frage, gegen welche Ermittelungen stattfanden. Insbesondere müsse er betonen, daß er von dem preußischen Justizminister und seinen Räten mündlich und schriftlich angewiesen worden sei, nichts zu verabsäumen und insbesondere auch alle Spuren zu verfolgen, die auf einen jüdischen Thäter hindeuten könnten. Er sei dann auch zu einem Berichte aufgefordert worden, ob nicht gegen Lewy ein förmliches Verfahren einzuleiten sei. Er habe sich ernstlich geprüft, aber davon Abstand genommen, weil er keine ausreichende Veranlassung sah. Richtig sei es, daß der Oberstaatsanwalt Wulff nach Konitz gekommen sei, um den Gang der in der Mordsache ergriffenen Maßregeln zu prüfen. — Präsident: Haben Sie vom Herrn Oberstaatsanwalt Wulff irgendwelche Andeutung erhalten, daß Sie Ihre Maßnahmen nicht zu Ungunsten der Juden treffen sollten? — Zeuge: Keineswegs. Herr Oberstaatsanwalt Wulff hat nur gefunden, daß ich etwas zu viel gegen die Juden gethan habe. Es hatten sich nämlich Gerüchte verbreitet, daß am 11. März fremde Juden in Konitz gewesen seien und ich hatte zahlreiche Personen, Dienstmädchen und sonstige Angestellte von Juden, Schächtern, Rabbinern und dergleichen über das Verhalten ihrer Arbeitgeber am 11. März eingehend vernommen. Der Oberstaatsanwalt bat mich, diese Feststellungen lieber den Polizeiorganen zu überlassen, da ein so scharfes Vorgehen meinerseits vielleicht böses Blut machen könnte, weil ich an sich schon antisemitischer Neigungen verdächtigt würde. Eine Anregung, ein Einschreiten gegen Juden zu unterlassen, ist natürlich keineswegs ergangen. — Vors.: Sie werden wissen, daß infolge des Gesprächs eines Ihrer Familienangehörigen eine derartige Ansicht in das Publikum durchgesickert ist und diese Thatsache zum Gegenstand der Beweisaufnahme gemacht worden ist. — Zeuge: Ich habe ja, wie das in der Natur der Sache liegt, seiner Zeit mit vielen Personen gesprochen, niemals aber habe ich mich dahin geäußert, daß der Oberstaatsanwalt mich je davon habe abhalten wollen, pflichtgemäß meine Schuldigkeit zu thun. Ich weiß, daß meine Tochter eine zum Gegenstand der Beweisaufnahme gemachte Aeußerung in Bekanntenkreisen gemacht hat; dies ist aber nichts weiter, als eine vollständig inhaltlose Bemerkung gewesen, ein Kaffeegesellschafts-Klatsch. Aehnliche Bemerkungen sind damals allerdings mehrfach in Konitz kolportiert worden; sie gingen dahin: „Es sind Juden gewesen, es soll aber nichts herauskommen!“ Meine Tochter versichert, daß sie für ihre zu einer Freundin gemachte Aeußerung keinerlei thatsächlichen Anhalt hatte und ist unglücklich, daß dies unbegreiflicherweise an die Oeffentlichkeit gezerrt worden ist.

An diese Aussage knüpft Rechtsanwalt Dr. Hahn eine unendlich lange Reihe von Fragen und Feststellungen aus den Akten, die alle die Tendenz verfolgen, nachzuweisen, daß bei der Untersuchung in den ersten Stadien und auch späterhin noch vieles verabsäumt worden sei, was pflichtgemäß hätte vorgenommen werden müssen. Es werden zahlreiche Protokolle verlesen, über welche sich längere, oft recht lebhafte Erörterungen zwischen dem Zeugen und dem Rechtsanwalt Dr. Hahn entwickeln. Letzterer glaubt aus den aktenmäßigen Feststellungen eine Reihe von Unterlassungssünden nachweisen zu können, während Erster Staatsanwalt Settegast die von ihm getroffenen Maßregeln verteidigt. Einen breiten Raum in den Erörterungen bildet auch das mehrfach erwähnte Fläschchen Blut, das aus dem Schächtraum bei der Synagoge entnommen wurde und die kleinen Tröpfchen gefrorenen Blutes, welche man dort vorgefunden hat. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Hahn glaubt auch hier Unterlassungen feststellen zu können und rügt es, daß das Blut auf höhere Anordnung erst dem Gerichtschemiker Bischoff zugesandt worden und zwar so spät, daß sich eine Untersuchung bei dem inzwischen eingetretenen Zustande des Blutes nicht mehr ermöglichte. Der Zeuge erklärt u. a., daß nach der ganzen Sachlage und den begleitenden Umständen es absolut undenkbar war, daß Winter an diesem von allen Seiten frei zugänglichen Raum ermordet sein und die kleinen Blutstropfen von ihm herrühren können.

Die Kreuz- und Querfragen an den Zeugen dehnen sich über drei Stunden aus. — Vors. Landgerichtsdirektor Opitz bittet wiederholt, die Verhandlung nicht ins Uferlose auszudehnen.

Angekl. Bruhn: Es existiert ein Bericht des Ersten Staatsanwalts, in welchem er etwa dieselbe Ansicht über die Thäterschaft zum Ausdruck bringt, wie sie in den Artikeln enthalten ist. — Zeuge Settegast: In dem Berichte mache ich nur objektive Mitteilung über die auch gegen die Juden erhobenen Beschuldigungen und die Thatsache, daß diese Beschuldigungen vielfach geglaubt werden. Er habe alle Verdachtsmomente gegen die Juden verfolgt, auch alle die vielen, welche vor dem in Konitz etablierten, aus drei Herren bestehenden Untersuchungsausschuß in specie von dem Oberlehrer Hoffrichter zusammengetragen wurden. Diese richteten sich allerdings ausschließlich gegen Juden.

Rechtsanwalt Dr. Hahn kommt noch einmal auf eine Aeußerung des Staatsanwalts Settegast zurück, die dahin ging, er habe auf Grund des Berichts des gewiegten Kriminalisten Braun sich veranlaßt gesehen, die Frage zu erörtern, ob gegen Hoffmann die Voruntersuchung einzuleiten sei. Der Verteidiger wünscht zu wissen, ob der Zeuge eine Nachprüfung der in dem Berichte doch ganz unbestimmt hingestellten Thatsachen habe eintreten lassen, ehe er so schwerwiegende Schritte gegen Hoffmann unternahm. — Erster Staatsanwalt Settegast erwidert, daß er die Angaben Brauns geprüft und für ausreichend befunden habe, um Antrag auf Voruntersuchung zu stellen. — Rechtsanwalt Dr. Hahn: Herr Braun habe gestern gesagt, daß er vorher nur Kenntnis von den Akten gehabt und daraufhin der Verdacht gegen Hoffmann bei ihm aufgetaucht sei und sich verdichtet habe, daß er aber, sobald er Hoffmann und seine Tochter persönlich bei der Vernehmung kennen gelernt habe, sofort gesehen habe, daß sein ganzes Verdachtsgebäude zusammenfiel. Es sei wunderbar, daß der Zeuge, der doch die Hoffmanns persönlich kannte, nicht sofort zu derselben Ueberzeugung gekommen sei. — Auf Vorhalt des Rechtsanwalts Sonnenfeld bestätigt Staatsanwalt Settegast, daß er schon am allerersten Tage sich die Akten über den Tanzener und den Stargarder Mord habe kommen lassen, um sich über die bei einem Ritualmord in Frage kommenden Momente zu unterrichten, ferner habe er sich vom Berliner Polizeipräsidium bezügliche Litteratur beschafft, um sich zu informieren. In den ersten Wochen sei nicht ein einziger Tag vergangen, wo nicht eine Vernehmung gegen Juden stattgefunden hätte. Er habe selbst anonymen Denunziationen nachgespürt, es nicht verschmäht, Leute vernehmen zu lassen, die behaupteten, auf spiritistischem Wege die Thäterschaft ermitteln zu können, kurz, er habe keine Anzeige gegen die Juden unbeachtet gelassen. Allerlei Ulkanzeigen und Gemeinheiten, die ihm zugestellt wurden, habe er zu einem besonderen Aktenbande zusammengestellt. — Rechtsanwalt Sonnenfeld: Hat der Herr Zeuge nicht fast täglich die Erfahrung gemacht, daß die Denunziationen gegen die Juden auf haltlosem Gerede beruhten? — Zeuge: Ja! — Rechtsanwalt Simons: Dann müsse er fragen, ob nicht alle Verdachtsmomente gegen Christen sich als nicht haltbar erwiesen haben? — Auch dies bestätigt Zeuge.

Der nächste Zeuge ist Oberstaatsanwalt a. D. Wulff: Er sei am 26. März nach Konitz gekommen, um sich von dem Stande der Mordsache zu überzeugen. Ein zweites Mal sei er Ende April dort gewesen, ein drittes Mal um Pfingsten, als sich der Kommissar des Justizministers dort befand. Am 26. März habe es ihm geschienen, daß die Untersuchung etwas einseitig auf die Juden zugespitzt worden und der Ritualmord zu sehr in den Vordergrund der Recherchen getreten wäre. Abgesehen davon habe er sich überzeugt, daß bei der Untersuchung rein objektiv verfahren worden. Er habe den Ersten Staatsanwalt darauf aufmerksam gemacht, daß es zweckmäßig sei, jedes Verdachtsmoment zu verfolgen und sich zu hüten, nur nach einer Seite hin vorzugehen. Er selbst habe an einen Ritualmord nicht geglaubt und stand auf dem Standpunkt, daß, wenn solcher überhaupt vorgekommen sein könnte, er nur von auswärtigen Juden inszeniert sein könnte, da die einheimischen Juden doch zu aufgeklärt seien, um einen Ritualmord zu begehen. Er habe die Ueberzeugung, daß Winter, im Bette liegend, durch Ueberwerfen des Deckbetts erstickt und daß ihm dann der Kopf abgeschnitten worden sei. Dafür sprachen die verschiedensten begleitenden Umstände, und es sei auch ermittelt worden, daß Winter, obgleich er noch Gymnasiast war, Verkehr mit Mädchen hatte und so habe die Vermutung sich aufgedrängt, daß das „Cherchez la femme“ auch hier den Schlüssel zu der dunklen Angelegenheit bilden werde. Da der Mönchsee in der Nähe der Synagoge liegt und Winter auch Straßenverkehr mit jüdischen Mädchen hatte, so habe es ja nahe gelegen, daß auch der Verdacht gegen Juden formiert wurde, und die Möglichkeit, daß ein jüdisches Mädchen mit der Tötung des im Bett liegenden Ernst Winter in Verbindung stehen könnte, liege natürlich ebenso vor, wie die Möglichkeit, daß ein christliches Mädchen im Spiele war. Er habe an der Untersuchung nur die Thatsache auszusetzen gehabt, daß die Sektion nicht sofort erfolgt war, ferner, daß der Kreisphysikus aus der Synagoge ein Fläschchen Hühnerblut entnommen habe, was zu einer Hetze gegen die Juden Veranlassung gab. Er habe natürlich in keiner Weise untersagt, gegen die Juden etwas zu unternehmen, im Gegenteil habe er fort und fort darauf hingewiesen, daß jede Spur zu verfolgen sei.

Amtsrichter Pankau, der zur Zeit des Mordes ersuchter Richter war, giebt gleichfalls Auskunft über den Umfang, in dem er in diese Angelegenheit einzugreifen hatte, und lehnt es entschieden ab, daß die Untersuchung irgendwie einseitig und parteiisch zu Gunsten der Juden geführt worden sei. — Auf Befragen des R.-A. Dr. Hahn bestätigte der Zeuge, daß die Kunde „Hoffmann ist sistiert“ in Konitz die größte Aufregung hervorgerufen habe.

Landrichter Dr. Zimmermann bekundet, daß, als er nach Konitz gekommen, man ihn zunächst mit Freuden begrüßt habe. Da habe ihn eines Tages, als er gerade Zivilsitzung hatte, der Angeklagte Bruhn herausrufen lassen und ihn ersucht, ihn eidlich zu vernehmen, da er ihm wichtige Mitteilungen über neue Angaben des Zeugen Masloff machen wolle. Er habe dies mit dem Bemerken abgelehnt, daß er jetzt keine Zeit dazu habe. Seitdem sei eine Hetze gegen ihn losgegangen, man habe vor ihm auf der Straße ausgespuckt, zahlreiche anonyme Briefe zugestellt und ihm darin vorgeworfen, daß er von den Juden bestochen sei, am Judengeld klebe usw. usw. In Konitz habe ein Komitee zur Ueberwachung der Behörden bestanden. Die meisten Zeugen, die er zu vernehmen hatte, hätten auf ihn den Eindruck gemacht, als ob sie ihre Aussagen auswendig gelernt hätten oder schon an irgend einer anderen Stelle vernommen worden seien. Er habe dann mit den Zeugen oft die größten Schwierigkeiten gehabt und wenn sie sich in Widersprüche verwickelten, hätten sie erklärt, sie sagten überhaupt nichts mehr aus. Er habe keinerlei Anhalt dafür, daß die Untersuchung unter dem Gesichtspunkte geleitet worden sei, die Juden zu schonen. Selbst müsse er von seiner Thätigkeit einen solchen Vorwurf entschieden zurückweisen. — Vors.: Ist Ihnen bekannt geworden, daß von irgend einer Behörde darauf hingewirkt worden, daß die Sache zu schonen? — Zeuge: Absolut nicht! — Staatsanwalt Kanzow: In einem Artikel steht, daß Sie aus den liberalen Anschauungen Ihres Schwiegervaters heraus wahrscheinlich keine Motive gefunden haben, gegen Juden vorzugehen. — R.-A. Dr. Hahn: Dieser Vorwurf ist ja unter dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen worden. — R.-A. Sonnenfeld: Ist Ihr Schwiegervater Jude? — Zeuge: Keineswegs. Mein Schwiegervater war einmal liberaler Reichstagskandidat. — Staatsanwalt Kanzow: In den Artikeln wird Ihnen nichts weniger als Verbrechen im Amte durch widerrechtliches Einsperren und Nötigung vorgeworfen, indem behauptet wird, daß Sie Zeugen dadurch eingeschüchtert hätten, daß Sie mit den roten Haftbefehlen spielten. — Zeuge: Das ist unwahr. — R.-A. Sonnenfeld: Haben Sie bemerkt, daß auch jüdische Zeugen, die Sie zu vernehmen hatten, unwillig waren? — Zeuge: Nein. Der Zeuge bestreitet auch, Zeugen grob angefaßt zu haben.

Oberstaatsanwalt Wulff, der nochmals vortritt, bekundet, daß er auch bezüglich der Hoffmannschen Angelegenheit Rücksprache mit dem Ersten Staatsanwalt gehalten habe. Er habe von Anfang an die Ansicht gehabt, daß gegen Hoffmann kein genügender Verdacht vorliege, er habe aber nicht eingegriffen, sondern die Entschließung dem Ersten Staatsanwalt überlassen. Er habe auch den Kriminalinspektor Braun darauf hingewiesen, daß Hoffmann eine solche That nicht vollbracht haben würde, selbst wenn er seine Tochter in unsittlichem Verkehr mit Winter überrascht hätte. Selbst in solchem Falle würde ein ruhiger, unbescholtener Mann nicht gleich zum Messer, sondern viel eher zum Prügel greifen.

Der alsdann vernommene Zeuge Kriminalinspektor Klatt ist seiner Zeit nach dem Weggange des Kriminalinspektors Braun nach Konitz gegangen. Er bekundet auf Befragen, daß er sehr sorgfältig alle Akten daraufhin durchgesehen habe, ob noch irgend welche Spuren zu entdecken wären, die noch nicht verfolgt worden. Er habe außer den Akten ergänzende Ermittelungen sowohl auf antisemitischer als auf philosemitischer Seite, mit denen er Fühlung unterhielt, angestellt, aber auch nichts Neues mehr entdecken können.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Hahn beschließt der Gerichtshof, den Medizinalrat Dr. Müller als Zeugen und Sachverständigen zu laden, die übrigen Anträge aber abzulehnen. — Nächste Sitzung Sonnabend.

Soziales.

Der Entwurf über die kaufmännischen Schiedsgerichte wird, wie die nat. Nachr. erfahren, von der Regierung als Novelle zum Gewerbegerichts-Gesetz ausgearbeitet. Ist diese Mitteilung richtig, so würde der Plan, die kaufmännischen Schiedsgerichte den Amtsgerichten anzugliedern, als gescheitert zu betrachten sein. Doch wollen wir einstweilen abwarten.

Neues aus aller Welt.

Die Kälte hat ziemlich heftig und allgemein eingesetzt. Schneefall ist am Donnerstag in Wernigerode nach starkem Regen eingetreten. In Hannover herrscht seit gestern morgen 3 Uhr ununterbrochener Schneefall. In Königsberg i. P. waren Freitag früh 6 Uhr 2 Grad Reaumur unter Null.

Langewiesen i. Thür., 2. Oktober. Der Aufsichtsratsvorsitzende der hiesigen Darlehnskasse, Tromlitz, ist seit acht Tagen flüchtig. Es fehlen Beträge über 100 000 M.

Große Feuersbrunst. Im Dorfe Floh bei Schmalkalden entstand gestern nachmittag ein Feuer, das, vom heftigen Ostwind entfacht, mit großer Schnelligkeit um sich griff. Abends lagen bereits 35 Wohnhäuser und 15 Scheunen in Asche. Der Schaden ist enorm.

S. **Der Direktor eines Varietees in Augsburg**, Alexander Schneider, wurde wegen dreier Vergehen wider die Sittlichkeit nach § 175 des R.-Str.-G.-B. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Opfer waren 16—18jährige Burschen, die er vorher mit Wein und Rum besinnungslos machte.

Das Ueberfliegen der Alpen ist abermals mißglückt. Kapitän Spelterini, der bereits am 1. August 1900 mit Emile Gautier und dem Chemiker Julius Ernst eine Luftreise von Rigi-First über die Alpen versuchte, nach dreistündiger Fahrt aber auf der Alp Gunetlewen, Kanton Glarus, landete, hat am Donnerstag den Versuch wiederholt. Der Ballon erhob sich bis zu einer Höhe von 4000 Meter, wurde aber vom Wind zurückgetrieben und sank wieder zur Erde.

Anzeichen drohenden Einsturzes sind nach der Gaz. di Venezia am Kirchturm von San Stefano in Venedig wiederum bemerkt worden. Einer der im Sommer zur Feststellung etwaiger Lageveränderungen im Bau am Turm angebrachten Marmorpfeiler wurde geborsten aufgefunden. Am Dienstag wurde ein neuer Pfeiler eingefügt, der abermals geborsten ist.

Noch immer Unwetter in Süditalien. Ueber Neapel und Umgebung ging ein heftiger Sturm nieder. Das Meer ist sehr unruhig. Zwei Personen ertranken. Auf Capri wurden zwei Damen vom Blitz erschlagen.

Aus Liebesgram erschoß sich zu Trouville (Frankreich) im Stadtgarten ein 28jähriger Deutscher Namens Konrad Schmutzler.

Paris, 2. Oktober. In Marseille verhaftete die Polizei heute eine 23jährige Italienerin, welche ihr Kind durch Mißhandlung und Hunger hatte sterben lassen, um mit einem Geliebten zusammenleben zu können. Die Leiche des Kindes wurde stark verwest auf dem Boden gefunden. Die Verhaftete ist geständig.

Paris, 2. Oktober. Die Untersuchung über die Eisenbahnkatastrophe bei Arleux ergab, daß der Weichensteller nicht auf seinem Posten war, daß ferner der diensthabende Assistent sich nicht versichert hatte, ob die Durchfahrt für den Eilzug frei war, und daß schließlich auch der Stationschef für die Katastrophe verantwortlich zu machen sei. Alle drei dürften verhaftet werden.

Eisenbahnunglück. Bei der Entgleisung eines Postzuges in der Nähe von Granada erlitten gestern 14 Personen Verletzungen.

Antwerpen, 2. Oktober. In Steendorp wurde die Leiche der 19jährigen Tochter eines Restaurateurs aufgefunden, die durch Dolchstiche getötet war. Als der That verdächtig wurde ein Arbeiter verhaftet.

Letzte Telegramme.

Berlin, 3. Oktober. Zu der Beerdigung Zolas wird dem B. T. aus Paris telegraphiert: Ludovic Halévy, der im Namen der dramatischen Autoren am Grabe Zolas sprechen sollte, darf, wie er Frau Zola in einem Schreiben mitteilte, auf Befehl der Aerzte nicht im Freien reden. Anatole France, auf den gleichfalls gerechnet wurde, weilt im Ausland und kann bis Sonntag nicht eintreffen. Infolgedessen heißt es, Jaurès werde auf dem Kirchhofe sprechen. Der Polizeipräfekt Lépine konferierte heute lange mit Zolas Verleger und Freund Charpentier. Der Präfekt wird umfassende Vorkehrungen treffen, um Manifestationen zu verhindern. Der Zug wird zwischen einem Polizeispalier sich nach Montmartre bewegen. Frau Zola wurde zur Leiche ihres Mannes geführt und verbrachte den ganzen Tag weinend neben dem Sarge.

Havre, 3. Oktober. Großes Aufsehen erregte hier die Auffindung der Leiche einer Frau am Strande. Es heißt, man habe es mit Frau Humbert zu thun. Die Leiche war sehr fein gekleidet, die Gesichtszüge weisen thatsächlich große Aehnlichkeit mit denen der Genannten auf.

Budapest, 3. Oktober. Durch falschen Feuerlärm entstand gestern im Nationaltheater eine Panik. Nur mit größter Mühe gelang es, größere Unfälle zu vermeiden.

Rom, 3. Oktober. Die Verwüstungen, die der Orkan in Neapel und Umgegend angerichtet hat, sind unbeschreibbar. Viele Ortschaften sind teilweise zerstört, und zahlreiche Menschenverluste zu beklagen. Im Hafen ist eine größere Anzahl Boote untergegangen.

Rom, 3. Oktober. Dr. Tullio Murri, der Mörder des Grafen Bonmartini, ist, nachdem alle Auslieferungsformalitäten erledigt waren, gestern in Bologna eingetroffen. Obwohl die Stunde der Ankunft geheim gehalten worden war, verbreitete sich doch die Nachricht wie ein Lauffeuer durch die Stadt, so daß 60 Polizeibeamte aufgeboten werden mußten, die die Menge in Schach zu halten hatten. Murri trug Ketten und ging totenbleich zwischen zwei Karabinieri.

New-York, 3. Oktober. In der Grube Black diamond bei Washington erfolgte eine Explosion schlagender Wetter, die 14 Opfer forderte. — Die Grubengesellschaften haben untereinander vereinbart, alle Maßregeln zu treffen, um der Metropoliteinbahn, sowie den Schulen und den Armen Kohlen in genügender Vorräten zu mäßigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Dresdner Theater.

Sonnabend den 4. Oktober.

Opernhaus. (Altstadt.) Die Hugenotten. Große [illegible] in fünf Akten. Musik von Giacomo Meyerbeer. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. (Neustadt.) Florio und Flavio. Ein Schelmenstück und Liebesspiel in drei Akten von F. v. Schönthan und F. Koppel-Ellfeld. Anfang ½8 Uhr.

Residenz-Theater. Alt Heidelberg. Schauspiel in fünf Akten von Meyer-Förster. Anfang ½8 Uhr.

Central-Theater.
Variété.
Täglich Vorstellung.
Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.
Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen:
Nachmittags (halbe Preise) Einlaß 3 Uhr, Anfang ¼4 Uhr.
Abends ½8 Uhr gewöhnliche Preise.

Victoria-Salon.
Täglich ½8 Uhr: Grosse
internationale Variété-Vorstellung.
Sonntags ¼4 Uhr (kleine Pr.) u. ½8 Uhr (gew. Pr.).
Im Tunnel von 7 (Sonntags v. 5 Uhr) an: Frei-Konzert.

Sonntag den 5. Oktober, vorm. 11 Uhr

Volks-Versammlung

im **Trianon**, Schützenplatz und Ostra-Allee.

Tages-Ordnung:

Die wirtschaftlichen und sanitären Verhältnisse in den Bäckereien von Dresden und Umgebung und die Pflicht des konsumierenden Publikums wie der Regierung, dagegen einzuschreiten.

Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Um recht zahlreiches Erscheinen, insbesondere der geehrten Hausfrauen, wird ersucht.

Der Einberufer.

Heute Freitag abend 9 Uhr

Partei-Versammlung

des 5. Kreises

im **Volkshaus**, Ritzenbergstraße 2.

Das Erscheinen aller Parteigenossen ist Pflicht **Der Einberufer.**

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Einzelmitgl. Dresden.

Sonntag den 5. Oktober, nachmittags 3 Uhr

Große öffentl. Versammlung

im **Gasthaus zum Senefelder**, Kaulbachstr. 16.

Tages-Ordnung:

Die Verteuerung der Lebensmittel und ihre Wirkung im Haushalte. Referentin: Verbandsvorsitzende Frau **Paula Thiede-Berlin.** **Gewerkschaftliche Angelegenheiten. — Debatte.**

Zahlreiches, pünktliches Erscheinen erwartet **Der Einberufer.**

Steinsetzer!

Sonntag den 5. Oktober, nachm. 2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in **Selks Gasthaus**, kleine Brüdergasse.

Tages-Ordnung:

1. **Regulieren der Beiträge und Abgabe der statistischen Fragebogen.**
2. **Aufnahme neuer Mitglieder.** 3. Vortrag über das Unfallgesetz.
4. Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Kollegen, erscheint pünktlich und ordnet zum 1. Punkt der Tagesordnung Eure Bücher. Hauptsächlich mache ich die außerhalb Dresdens Wohnenden darauf aufmerksam, daß sie laut Beschluß der letzten Versammlung ihre Beiträge direkt an den Hauptkassierer zu entrichten haben.

K. Schulze.

Verein der Pflasterrammer von Dresden u. Umg.

Sonntag den 5. Oktober, vormittags 11 Uhr

Vereins-Versammlung

in **Hausmanns Restaurant**, Drehgasse Nr. 8

Tages-Ordnung:

Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Achtung! Pieschen!

Die Parteigenossen werden ersucht, sich Sonntag den 5. Oktober d. J., vormittags ½11 Uhr, im Restaurant zur Börse einzufinden, zwecks Agitation zur Erwerbung neuer Mitglieder.

Der Vorstand des Sozialdem. Vereins Pieschen.

Grenadierstraße 5 — Grenadierstraße 5

Neue Bewirtung!

Hiermit zeige ergebenst an, daß ich **Grenadierstrasse 5** ein

Restaurant

eröffnet habe. Ich werde stets bemüht sein, meinen werten Gästen, was **Küche** und **Keller** anbelangt, nur **gute Waren** zu bieten bei zuvorkommender, flotter Bedienung und bitte, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Familien stelle mein kleines **Gesellschaftszimmer** zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Paul Krusche.

Eine Kahnladung

Ossegger Pechglanzkohle

Mittel I und II à Hektoliter **1,20 M.** sowie **Duxer Hausbrandkohle**, Mittel I und II à Hektoliter **60 Pf.**, ist in **Blasewitz** an der Elbe eingetroffen. Bestellungen werden am Kahn und **Wittenberger Straße Nr. 34** entgegengenommen. **R. Schönberg.**

Spezial-Kredit-Haus

für bürgerliche

Wohnungs-Einrichtungen

sowie einzelne

Möbel

bei kleiner Anzahlung und auf Jahre hinaus verteilten Raten.

Kompl. Musterzimmer sind in den grossen Räumen aufgestellt und stehen ohne Kaufzwang jederzeit zur Besichtigung.

Otto Fietze's Ausstattungshaus

Dresden, Grunaer Strasse 2, Ecke Pirnaischer Platz.

Fernsprecher 8067.

---

6. Reichstagswahlkreis.

Gruppe:

Kaitz-Leubnitz.

Sonnabend den 4. Oktober abends 9 Uhr

Versammlung

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Unterstützungs- u. Begräbnis-Kasse der Tischler zu Dresden (E. H.)

Sonnabend den 4. Oktober abends 8 Uhr

Ausserordentl. Generalversammlung

im Restaurant **Hans Sachs** Scheffelstraße 10, 1. Etage.

Tages-Ordnung:

Statutenberatung und Allgemeines.

Um zahlreiches Erscheinen bittet **W. Warthon.**

Radfahrer-Klub Vorwärts, Dresden.

Sonntag d. 5. Oktbr., **Freiberg-Sayda-Frauenstein.**

Abfahrt früh 7 Uhr vom Sternplatz.

Gäste willkommen.

Bürger-Schänke

Palmstr. 1 ein. Minute v. Postplatz. Angenehme, ruhige Räume, divers. Stamm à 30 Pf. Morgens frisch. Grösstes und billigstes Speise- und Bier-Lokal Dresdens.

Männer-

Hemden	in Barchent	1,00—2,50
do.	„ Normal	0,80—4,00
do.	„ weiß	1,10—2,50
Unterhosen		0,80—4,00
Unterjacken		0,90—2,50
Aermelwesten		1,50—9,00
Socken		0,25—1,20
do.	handgestrickt	1,50

Ernst Klaar

Silingasse 25, Eing. Josephinenstr.

Tel. I. 732.

Für Verlobte!

Möbel

jeder Holz- und Stilart, echt u. imitiert, kompl. **Salons, Speise-, Wohn- u. Schlafzimmer, Küchenmöbel** empfiehlt in nur solid. Ausführung billigst u. Garantie

Alw. Kelling

gr. Brüdergasse 39, 1 u. 2. p. gegenüber der Kirche.

Holzpantoffeln en gros u. en detail, sowie **Böttcherwaren** empfiehlt

Robert Künzel

Löbtau, Frankenberg-Straße 28 Ecke Lindenstraße.

! Reparaturen prompt !

Hochf. Kinderwagen billiger w. im Laden. **Rob. Kirsten**, Dürerstr. 9.

So etwas ist noch nie geboten worden.

Von Sonnabend den 4. bis Mittwoch den 8. ds. Mts. erhält jeder Käufer bei **Einkauf von Mk. 7.50** an

ein Los der Dresdner Pferdezucht-Ausstellung gratis

und wünsche ich, daß jedes Los ein großer Treffer ist.

Solange die Vorräte reichen, offeriere: **Damen-Schuhe und -Stiefel** in großer Auswahl. **Zugstiefel** von Mk. 3,75 an; **1 großer Posten Lederhausschuhe**, warm gefüttert, f. Mk. 2,50 statt Mk. 4,—; **Oschauer Filzschuhe** Mk. 1,40; **Pa. Filzpantoffel** 90 Pf.; **Pantoffel** 28 Pf. usw.

Für Herren: 1 großer Posten Zug- und Schnürstiefel Mk. 4,75; **Schnallenstiefel** Mk. 5,75; **Filzschuhe** Mk. 1,60; **Filzpantoffel** 98 Pf.; **Pantoffel** 35 Pf. usw.

Für Kinder alle erdenklichen Sorten **Schuhe und Stiefel** für Haus und Straße; **Filzschuhe, Pantoffel** von 15 Pf. an usw., usw.

Außerdem: **Ausverkauf**

vorjähriger Winter- und Herbst-Stiefel und -Filzwaren zu erdenklich **billigsten** Preisen, sowie **1 Posten gelbe Stiefel und Schuhe** für Damen: Stiefel Mk. 4,90 statt 7,50, Halbschuhe Mk. 2,90 statt 5,25. **1 Posten Herren-Stiefel, Good Year-Welt-System, Handarbeit**, solange Vorrat reicht, Mk. 7,75 statt 10,75. Niemand versäume, seinen Bedarf bei mir zu decken.

Konkurrenzloses Angebot. — Umtausch gern gestattet. — Freundliche, flotte Bedienung.

Eigene Reparatur-Werkstatt. Eilige Reparaturen werden auf Wunsch in 1 Stunde fertig gestellt.

Georg Roth vorm. Otto Bertram

No. 4 Grunaer Strasse No. 4.

NB. Bitte höfl. genau auf die Firma und Nr. 4 zu achten: über dem Schaufenster ist ein roter Stiefel mit dem Namen „Roth" angebracht.

Selks Gasthaus

kleine Brüdergasse 17.

Renoviert. Renoviert.

B. Förster, Dr[esd]en-A., Grenadierstr. 56

Cigarren! für Wiederverkäufer und Private

Cigaretten, Kautabake zu Fabrikpreisen.

Kinder-Leiter-, Korb- und Handwagen, Waschwannen, Schaufelstiele usw., wie bekannt gut und billig bei **Müller, Galeriestraße Nr. 17.**

Mehrere gebrauchte herrschaftliche saubere Federbetten von 8 M. an, Kleiderschrank 8 M., Bettst. m. Matr. 15 M., Tisch 3.50 M., Stühle, Sofa 24 M. zu verk. Rosenstr. 21, part., l.

Herrschaftl. getr. Anzüge, S. H. Winter-Ueberzieher verk. bill. **Gebler**, Schneidermstr., Drehgasse 8, 3. Et.

---

1 gebraucht. Kinderwagen zu verk. (8 M.). Naußlitz, Langestraße 5, 1.

Täglich bares Geld

ehrlich, leicht und in unbegrenzter Höhe, **auch als Nebenerwerb**, können strebsame Personen ohne jedes Risiko verdienen. Off. mit Angabe jetziger Beschäftigung unter Chiffre **No. 398 Stefan Schuster, Berlin S. 17.**

Wäsche mit Luhns

Ernst Valten's Gast- und Konzerthaus

Freiberger Platz 11

Sonnabend und Sonntag

Großes Konzert

des **Damen-Terzetts „International"**

Reichhaltiges Programm. Schöne Kehlen.

Eintritt frei.

Genußreiche Abende versprechend ladet zu zahlreichem Besuch ergebenst ein **Ernst Valten.**

Emile Zola

Germinal.
Bauch von Paris.
Nana.
Glück der Rougon.
Erzählungen für Ninon.
Claudes Beichte.
Lebensfreude.
Liebesblätter.
Fehltritt des Priesters.
Zum Glück der Damen.
Der Totschläger.
Im ehrbaren Bürgerhause.
Therese Raquin.
Vermächtnis einer Sterbenden.
Madeleine Ferat.
Seine Exzellenz Rougon.
Die Erde.

Jeder Band 75 Pf.

Graf Leo Tolstoi

Anna Karenina.

Roman in 3 Bänden.

Broschiert 3.50, geb. 5.00 M.

Volksbuchhandlung Zwingerstr. 22.

Tüchtige Zimmerer

für Hennebiqué-Arbeit bei hohem Lohn gesucht. Neubau **Siems & Comp. Plaue bei Flöha.**

Verein der Pflasterrammer.

Unseren Kollegen hiermit die traurige Nachricht, daß vorgestern die Frau unseres Kollegen Pechholdt

Bertha Pechholdt geb. Zesewitz

plötzlich und unerwartet gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag den 5. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Löbtauer Friedhof statt und bitten wir um zahlreiche Beteiligung.

Die Kollegen von Dresden und Umgegend.

Die Beerdigung meiner innig geliebten Frau findet Sonntag, den 5. Oktober, nachm. ½5 Uhr, auf dem Löbtauer Friedhofe statt. Allen Kollegen, Freunden und Bekannten dieses zur Nachricht. Um stille Teilnahme bittet

Der trauernde Gatte R. Pechhold

Rudolphs Zahn-Atelier L. Ranges Wettiner Straße 20

Zähne 3 M., Woche 1 M. (ohne Preiserhöhung). **Schmerzloses Zahnziehen.**

Kleider, Blusen

elegant u. einfach, fertigt modern unter Garantie. **B. Sengebauer**, Damenschneiderin, Löbtau, Roonstr. 25, pt., l.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riem, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Comp., Dresden.
Hierzu 1 Beilage.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021003/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 229. | Dresden, Freitag den 3. Oktober 1902. | 13. Jahrgang.

Der Kongreß der Revolutionär-Sozialisten Frankreichs.

Vom zweiten Verhandlungstag wurde aus Commentry berichtet: Am Vormittag tagten nur die verschiedenen Kommissionen. In der Nachmittagssitzung werden auf Delorys Antrag die Einzelberichte der Föderationen unterbrochen und man schreitet zur Beratung der Kommissionsberichte. Zur Wahltaktik werden von der Kommission (Berichterstatter Vaillandet, der gemaßregelte Bürgermeister von Bourges) drei Resolutionen vorgeschlagen. In der ersten heißt es im wesentlichen: Die Föderationen werden eingeladen, dafür zu sorgen, daß bei den allgemeinen Kammerwahlen in allen Wahlkreisen die Doktrin und die Taktik der Partei bekräftigt wird. — Der Zentralrat wird beauftragt, alle nötigen Hilfsquellen an Menschen und an Geld zu beschaffen, um die Ausdehnung des Wahlkampfes auf alle Wahlkreise Frankreichs zu vervollständigen. Das erste beschließt die Partei, Klassenkandidaturen aufzustellen in allen im Laufe der gegenwärtigen Legislatur etwa vorkommenden Nachwahlen; jedoch sind von dieser Verpflichtung ausgenommen die Wahlkreise, wo eine Nachwahl infolge der Ungültigkeitserklärung eines Deputiertenmandats notwendig würde.

Diese Resolution, die den Beschluß des vorjährigen guesdistischen Kongresses von Roubaix wieder aufnimmt, wird debattelos und einstimmig angenommen.

Die zweite lautet: Über die Haltung bei den Stichwahlen haben die Föderationen zu entscheiden, die den Kampf in der Hauptwahl geführt haben, wobei sie zum besten der Interessen der Partei handeln werden.

Avg. Delory-Lille verteidigt den Kommissionsvorschlag: Eine einförmige Taktik in allen Wahlkreisen sei unmöglich.

Authier-Charente bekämpft die Resolution, die dazu führen könne, daß in einem Departement die Partei zu Gunsten der Radikalen ihre Kandidaten zurückziehe, während im benachbarten Departement auf Grund des Klassenkampfes strikte Stimmenthaltung proklamiert werde.

Ghesquière-Lille warnt vor übermäßiger Zentralisation.

Dubreuilh: Der Kommissionsvorschlag werde beiden Standpunkten gerecht. Die Föderationen würden sachkundig entscheiden, aber die Kontrolle über die Föderationen gehöre doch dem Zentralrat.

Schließlich wird der Kommissionsvorschlag in unveränderter Fassung mit allen Stimmen gegen eine bei mehreren Enthaltungen votiert.

Die dritte ist diese: Niemand darf als Parteikandidat aufgestellt werden, wenn er nicht nachweisen kann, mindestens seit einem Jahre einer Organisation angehört zu haben.

Déjeante begründet diese Resolution unter Hinweis auf die Resolution 1, die eine Vermehrung der Kandidatenzahl erfordere. Es könnten viele unbekannte Leute kandidieren, für die die Partei den Wählern keine Garantie zu bieten in der Lage wäre. Diesem Mißstand beuge die Resolution vor, wenn auch freilich die Jahrespräsenz keine Garantie biete. Auch alte Genossen hätten die Partei verraten.

Lafargue macht aufmerksam auf den Unterschied zwischen Deputierten- und Gemeindewahlen. Für letztere ließen sich Kandidaten schwer finden, die der Resolution 3 genügen würden. Redner beantragt daher, die Jahrespräsenz nur von den Kammerwahlkandidaten zu verlangen.

Déjeante beantragt den einschränkenden Zusatz: „in den Deputiertenwahlen“, der etwas später noch durch die Worte: „Kantonal- und Departementswahlen“ ergänzt wird.

Ghesquière: Wozu die Aufstellung von Spezereikrämern als Kandidaten, die dann die Partei verraten? Lieber weniger Kandidaten, als unsichere Kantonisten. (Lebhafter Beifall.)

Chauvin spricht im Sinne Lafargues: In neuen Orten handle es sich nicht um die Eroberung, sondern um den Kampf.

Delory: Eine feste Regel sei hier unmöglich. Möge man die Frage der Jahrespräsenz bei Gemeindewahlkandidaten den einzelnen Gruppen zur Entscheidung überlassen.

Delory stellt nun folgenden Antrag: „Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß dort, wo Parteigruppen mehr als ein Jahr existieren, dieselbe Regel (Jahrespräsenz des Kandidaten) bei den Gemeindewahlen befolgt werden möge.“

Delorys Antrag wird angenommen.

Dann wird beschlossen, den nächsten internationalen Arbeiterkongreß zu Amsterdam zu beschicken.

Es folgt die Wahl der Exekutivkommission.

Landrier beantragt, die Wahl der 15gliedrigen Exekutivkommission auf Grundlage der Listenwahl vorzunehmen bei folgender Verteilung der Kandidaten unter die einzelnen Organisationen: Französische Arbeiterpartei 7, Revolutionär-Sozialistische Partei 4, Kommunistische Allianz 2, autonome Föderationen 2 Kandidaten.

Neben den 15 Mitgliedern der Exekutivkommission sitzen im Zentralrat die Delegierten der einzelnen Föderationen.

Die Sitzung wird für zehn Minuten unterbrochen, damit die einzelnen Organisationen die Kandidaten für die Exekutivkommission ernennen können.

Folgende Kandidatenliste wird einstimmig gewählt: Bracke, Chauvin, Cherechewsky, Dubreuilh, Groussier, Guesde, Lafargue, Landrin, Marchand, L. Martin, J. Martin, Prevost, Roland, Toussaint und Vaillant.

Dubreuilh verliest nun den Bericht der Kammerfraktion: Millerands Eintritt ins Ministerium Waldeck-Rousseau-Galliffet hat binnen 24 Stunden zur Spaltung der alten Kammerfraktion geführt. Von ihr spaltete sich eine „revolutionär-sozialistische Fraktion“ ab, der sofort die Deputierten beitraten, „die den Wunsch hatten, ihre Sache scharf von den Verirrten zu trennen, die in der Gefolgschaft des Herrn Millerand die obligatorische Taktik des Klassenkampfes durch die Taktik des Zusammenarbeitens der Klassen ersetzten.“ Die neue Gruppe existierte bis nach dem ersten Pariser Kongreß (Dezember 1899). „Nachdem auf diesem Kongreß die Streber und die Verworrenen feierlich versprochen hatten, in Gemäßheit der auf den rechten Weg lenkenden Entscheidungen der Parteimehrheit mit den ministerialistischen Verirrungen zu brechen, löste sich die revolutionär-sozialistische Fraktion auf.“ Die zwei Richtungen kamen aber in den Kammerabstimmungen immer wieder zur Geltung. So insbesondere gelegentlich der Debatten über die Metzeleien von Martinique und Chalon, wobei „Deputierte, die sich Sozialisten nennen, soweit gingen, die kollektivistischen Prinzipien frech zu verleugnen und zu verhöhnen. ... Auf dem Wagram-Kongreß (September 1900) verschärfte sich der Konflikt noch mehr. Nach dem Lyoner Kongreß endlich (Mai 1901) sahen die Deputierten der Revolutionär-Sozialistischen Partei, der Kommunistischen Allianz und der Französischen Arbeiterpartei ein, daß sie nicht länger mit Menschen sich vermengen lassen dürfen, die vom Sozialismus nur den Titel beibehielten und deren ganzer Ehrgeiz darin bestand, als Anhängsel einer der miteinander konkurrierenden Fraktionen der Bourgeoisklasse zu dienen.“ Die wiedererstehende revolutionär-sozialistische Fraktion zählte zwölf Mitglieder, denen sich später der in einer Nachwahl gewählte Abgeordnete von Montceau beigesellte.

In der neuen Kammer wirkt dieselbe Fraktion, 12 Mitglieder stark, fort. In ihrer konstituierenden Sitzung bekannte sie sich zur Prinzipienerklärung der Sozialistischen Partei Frankreichs und votierte außerdem folgendes: „Die Fraktion, das parlamentarische Organ der revolutionär-sozialistischen Politik, weit davon entfernt, sich den Reformen entgegenzusetzen, wird nach wie vor von der republikanischen und radikalen Demokratie fordern, die sozialen, proletarischen und politischen Reformen zu verwirklichen, die in allen Wahlprogrammen versprochen, aber stets vertagt werden.“

Die Fraktion blieb in steter inniger Fühlung mit dem Zentralrat. Zu ihrem außerparlamentarischen Sekretär ernannte sie den Genossen Dubreuilh, den Sekretär des Zentralrats fürs Innere. Ihre Delegation im Zentralrat bestand aus den Delegierten Bouveri, Dufour und Déjeante.

Sie funktioniert regelmäßig, indem sie jede Woche eine Sitzung hält. Doch wäre eine fleißigere Frequenz der Sitzungen zu wünschen, um allfälligen Schwankungen in den Kammersitzungen vorzubeugen. Immerhin ist in dieser Beziehung ein wesentlicher Fortschritt zu konstatieren.

Einige Deputierte, die von der anderen sozialistischen Fraktion sich getrennt hatten (Carnaud, Cadenat, Baron, Rouger, Fournier, Bastre und Lassalle) traten an die revolutionäre Fraktion mit dem Vorschlag ran, die Verschmelzung der beiden Fraktionen zu versuchen. Ihr Vorschlag wurde abgelehnt, dabei aber die Erklärung abgegeben, daß unsere Fraktion „stets bereit sein wird, durch Vermittelung ihrer zwei Sekretäre mit Euren Delegierten sowie mit allen andern Delegierten in Beziehungen zu treten, jedesmal wenn ein besonderer Umstand dies erfordern würde“.

Am 1. Juni wurde beschlossen, in jeder politischen Abstimmung die Einheitlichkeit des Votums zu sichern, sei es durch Abhaltung einer Fraktionssitzung vor der betreffenden Kammersitzung, sei es durch einen Mehrheitsbeschluß der in der Kammersitzung anwesenden Deputierten.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Streikbruch darf man einem Arbeiter nicht zumuten! So hat jetzt ein bayrisches Gericht entschieden. Am vorigen Sonnabend hatte sich der verantwortliche Redakteur unseres Münchner Parteiblattes vor dem Schöffengericht wegen eines Artikels zu verantworten, durch den die drei Inhaber des großen Münchner Schneidergeschäfts Schwarz u. Sohn beleidigt sein wollten. Der Artikel erschien während des letzten Schneiderstreiks und beschuldigte den Arbeitgeberverband der Schneider, dessen Sekretär der eine Firmeninhaber ist, böhmische Arbeiter durch das Anerbieten der höheren Löhne nach München gelockt zu haben, wo sie sich nun in größter Notlage befänden.

Die als Zeugen vernommenen Streikbrecher, die noch bei Schwarz u. Sohn beschäftigt sind, konnten sich, obwohl sie früher selbst der Ortsverwaltung des Schneiderverbandes die als Unterlage für den Artikel dienenden Angaben gemacht hatten, auf Verschiedenes nicht mehr erinnern. Der beklagte Redakteur mußte deshalb in einigen Punkten den angebotenen Wahrheitsbeweis schuldig bleiben. Trotzdem erkannte das Gericht auf Freisprechung, die in folgender Weise begründet wurde:

Das Gericht ist zu der Anschauung gekommen, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis nur zu einem Teil gelungen ist; in vielen Punkten ist er ihn schuldig geblieben. Was die Herbeiziehung der böhmischen Arbeiter betrifft, so wurde angenommen, daß es Sache des Arbeitgeberverbandes ist, dafür zu sorgen, daß die böhmischen Arbeiter von dem Bestehen eines Streiks Kenntnis bekamen. Keineswegs war es angängig, die Thatsache des Streiks zu verschweigen, noch weniger aber, entgegen der Wahrheit zu behaupten, der Streik sei schon beendet. Ob für diese Unterlassung die Kläger verantwortlich sind, hielt das Gericht nicht für angebracht, festzustellen; an und für sich ist der Vorstand des Arbeitgeberverbandes dafür verantwortlich und in dem Artikel der Münchner Post ist nicht davon die Rede, daß die Kläger persönlich dafür verantwortlich seien. Daß es aber von großer Wichtigkeit für die Arbeiter war, Kenntnis von den thatsächlichen Verhältnissen zu erhalten, wird bewiesen durch den Umstand, daß sie entweder genötigt waren, sich den mit Streikbruch verbundenen erheblichen Unannehmlichkeiten auszusetzen oder — wie es bei dem Zeugen Falta der Fall war — in die größte Notlage zu kommen. Es ist nachgewiesen worden, daß sich die Familie des Falta in großer Notlage befand. Solcher Notlage konnten die nach München herbeigerufenen Arbeiter nur entgehen durch den Streikbruch, und das ist ein Verlangen, das man einem Arbeiter, der zu dem Kreise der Organisierten gehört, nicht wohl zumuten kann. Und wenn auch nicht in Bezug auf die Arbeitslöhne, so wurde doch in anderer Weise nicht dem entsprochen, was die Arbeiter nach den ihnen gegebenen Zusicherungen erwarten durften.

In Sachsen mutet uns ein derartiges Urteil über Arbeiterverhältnisse recht befremdlich an, trotzdem es sehr vernünftig ist und einen hohen Grad von Einsicht zeigt — oder gerade deswegen.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den Berliner Lederarbeitern (Weißgerbern, Färbern usw.) und Fabrikanten vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichts sind nach fast achtstündiger Verhandlung gescheitert. Die Vertreter der Fabrikanten machten so minimale Zugeständnisse, daß sich die Kommission der Lederarbeiter zur Ablehnung des vom Gericht gestellten Vergleichsvorschlages gezwungen sah.

Zur Lohnbewegung im Hamburger Baugewerbe. Zur Zeit sind 38 Bauten von 22 Unternehmern, die nicht bewilligt haben, gesperrt. Von den österreichischen Arbeitswilligen sind bis jetzt infolge des kürzlich mitgeteilten Versammlungsbeschlusses 100 Mann abgereist.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Schwiebus wurden sämtliche vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten gewählt. Gegnerische Kandidaten waren nicht aufgestellt.

Schuhmacher werden ersucht, den Zuzug nach Sachsenhausen bei Frankfurt a. M. fernzuhalten, weil in der dortigen Fabrik von Joseph u. Abler Differenzen ausgebrochen sind.

Bäckerstreik. In der Hannoverschen Brotfabrik haben sämtliche Bäcker die Arbeit niedergelegt, mit Ausnahme der beiden Oberbäcker. Die Bäcker hatten bisher eine Arbeitszeit von 12 Stunden ohne Mittagspause und einen Wochenlohn von 18 bis 21 M. Sie fordern jetzt eine einstündige Mittagspause und 24 M. Lohn. Der Direktor lehnte diese Forderung ab; darauf wurde die Arbeit eingestellt.

In Genua sind 3000 Schauerleute in den Streik getreten, weil die Unternehmer einen Stauer engagiert haben, der sich gegen ihre Organisation öffentlicher Beleidigungen schuldig gemacht hatte.

Bergarbeiterstreik. In Decazeville ist das Gros der streikenden Bergarbeiter in die Gruben zurückgekehrt. In den Werken dauert der Streik fort.

Vom amerikanischen Kohlenarbeiterstreik wird berichtet, daß die Streikenden nach wie vor an ihren Forderungen festhalten, da die bisher gezahlten Löhne zu einem menschenwürdigen Unterhalt nicht ausreichen. Die Streikenden verlangen die Einsetzung eines Schiedsgerichts und versichern, daß sie aushalten würden bis zum äußersten. Der Vertreter des Kohlentrusts bezeichnet die Forderung eines Schiedsgerichts als unannehmbar (!) und meint, der Streik könne nur durch bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit beendet werden. Infolge des langwierigen Streiks herrscht großer Kohlenmangel. In weiten Volkskreisen macht sich lebhafte Erbitterung gegen die schroffe Haltung des Trusts bemerkbar. Dieser Stimmung haben sogar schon verschiedene Kanzelredner in scharfen Worten Ausdruck gegeben. Auch die konservative Presse tritt für Einsetzung eines Schiedsgerichtes ein. Angesichts der festen Haltung auf beiden Seiten ist ein Ende des Streiks noch gar nicht abzusehen.

Der Rubel.

Roman aus der „Gesellschaft“ von Fürst Dimitry Galitzin.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adele Berger.

(11. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

„Ich frage Dich zum erstenmale,“ erklärte jene, „und Du müßtest Dich eigentlich wundern, daß ich Dir noch nie diese Frage gestellt habe. Gestehe selbst: jetzt ist es bereits ein Jahr, daß er jede Woche drei- oder viermal herkommt ... Dein Vater und ich sind zu der Ansicht gekommen, daß er Dich heiraten will, daß Ihr Euch liebt; wir sind dahin gelangt, daß wir manchmal vor ihm direkte Anspielungen darauf machten, obwohl weder Du, noch er ein Wort verlauten ließen. So kann es aber nicht weiter gehen.“

Elena zuckte die Achseln.

„Erlaube, ich sehe keine Ursache zur Verheimlichung: Du und Papa habt Euch nicht geirrt. Wir lieben einander und ich werde seine Frau werden.“

„Gott sei Dank!“ schrie Marie auf.

Dieser Ausruf schien Elena beleidigend, weil sie erriet, welche Annahmen ihre Mutter bewogen, sich so zu freuen ...

„Du sagst ‚Gott sei Dank,‘ Mama,“ meinte sie lächelnd, „aber vielleicht hast Du nicht recht, das zu sagen, wenigstens Deiner Anschauung nach.“

„Warum?“

„Ich werde es Dir sofort erklären. Du fragst, wovon wir heute gesprochen haben ... Von folgendem: er hat mir gestanden, daß er gar nicht so reich ist, wie sich viele einbilden. Er hat Schulden; wenn er sie bezahlen wird, bleiben ihm höchstens zweitausend Rubel jährlichen Einkommens, das heißt noch etwas weniger, als Papa verdient.“

„Was?“ fragte Marie nähertretend: „was?“

Sichtlich verstand sie gar nicht die Worte der Tochter, als ob ihr Gehirn für deren Sinn nicht vorbereitet wäre.

Elena wiederholte langsam ihre Worte, mit einem etwas boshaften Ausdruck im Gesichte, als wäre es ihr angenehm, zu erklären: „freue Dich nicht!“

Marie erbleichte. Ein unerwarteter Zorn schüttelte ihren schwächlichen Körper. Die unvorhergesehene Armut Gatzkys erschien ihr wie die unehrenhafte Handlung eines Menschen, der lange ihr Zuneigung geheuchelt hat.

„Soso,“ wiederholte sie mit gedämpfter Stimme. Und plötzlich brach sie in ein lautes, krampfhaftes, fast hysterisches Gelächter aus.

Elena lief zu ihr hin.

„Mama, beruhige Dich, was ist Dir?“

„Laß mich, rühre mich nicht an. — Er hat kein Vermögen? Kein? Wovon hat er denn gelebt? Hat er gestohlen? ... sicherlich hat er gestohlen ... hat Schulden gemacht, ohne zu wissen, wie sie zurückzuzahlen. ... So erklärst Du es Dir? Du hast recht: bilde Dir lieber ein, daß er gestohlen hat ... Es wird Dir leichter sein ... bilde Dir ein, daß er ehrlich ist, wenn es auch nicht wahr ist. Die Wahrheit ist für Dich ärger als das. ... Verlumpt hat er sich, das ist's! Er hat sein Geld bei den Karten vergeudet, beim Trinken, mit leichtsinnigen Frauen ...“

„Mama!“ schrie Elena vor Erregung zitternd auf.

„Unterbrich mich nicht! Ja, das muß man sagen. Du hast Dir einen netten Bräutigam ausgesucht! Wenigstens ein reines Herz bringt er Dir zu ... Aber Dir ist das ja egal ... Du freust Dich, die Frau eines hübschen Taugenichts mit einer Fürstenkrone zu werden. ... Du glaubst mir nicht ... Denke selbst ...“

Elena bedeckte das Gesicht mit beiden Händen und weinte bitterlich.

„Das ist unehrenhaft!“ schrie sie endlich auf. „Du beschimpfst ihn deshalb, weil er arm ist. Dir ist es ganz gleich, wie und warum er arm geworden ist ... es ärgert Dich nur, weil er kein Geld hat ... ich weiß es, ich verstehe alles ... Du bist in Deinem Zorn zu allem bereit und sprichst so, als hätte ich ihn nur des Geldes wegen lieb. ...“

Elena fuhr mit der Hand über die Stirne, sah auf und bemerkte, daß sie selbst in den Ton der Mutter verfallen sei.

Sie trat etwas beiseite, stützte sich mit beiden Händen auf den Tisch und sagte mit zitternder Stimme:

„Mama, wie würdest Du Dich Deiner eigenen Worte schämen, wenn Du wüßtest, wie groß meine Liebe zu ihm ist .. Du hast ihn soeben beleidigt ... Ich glaube natürlich kein Wort davon ... Aber Du glaubst es selbst nicht. Wegen des Geldes hast Du an alles vergessen, sogar daran, daß Du mich liebst, und daß jedes Deiner Worte mir tausendmal weher thut, als wenn es fremde Menschen gesprochen hätten. Wegen des Geldes ... ich weiß, daß es nur wegen des Geldes ist. Gewiß hast Du nicht Dein Glück im Auge gehabt, sondern meines ... aber wozu brauche ich Geld, wenn das größte Glück meines Lebens nicht gekauft, sondern von ihm, von ihm, meinem Gatten gegeben werden wird! Mama, sprich nie mehr so mit mir, nie mehr!“

Marie antwortete nicht, hörte gar nicht zu. Sie dachte verzweifelt, daß die glänzende Hoffnung, die sie in den letzten Monaten aufrecht erhalten, zerstört sei. Nichts als ewige Armut, ewiger Kampf mit dem Leben unter dem Joche des Groschens stand bevor. Es that ihr weh, sich an die Gedanken zu erinnern, die noch vor einer Stunde in ihrem Kopfe waren, ehe sie die Wahrheit erfahren, da sie sich noch eingebildet, daß bald der Tag der Befreiung von diesen kleinlichen Sorgen heranrücke ... Geirrt ...

„Gott sei Dank, der Artikel ist fertig!“ rief Kraschin freudig, in das Speisezimmer tretend, „ich bitte Dich, Lena, schicke das Mädchen sogleich in die Redaktion ... Kinder, ich habe heute ordentlich gearbeitet ...“

Da bemerkte er an den Gesichtern der Frau und der Tochter, daß etwas Besonderes vorgefallen sei.

„Was giebt es?“ fragte er aufgeregt.

Marie warf ihrem Manne einen finsteren Blick zu und ging wortlos aus dem Zimmer. Elena antwortete:

„Mama kränkt sich sehr, weil ich ihr gesagt habe, daß Alexis in schlechten Verhältnissen, daß er ruiniert ist ... Er hat es mir gestanden ...“

„So — — o?“ flüsterte Kraschin fast tonlos und sein Herz zog sich krampfhaft zusammen.

„Arme Lena!“ dachte er, „so kommst Du nicht aus diesem entsetzlichen Leben heraus ...“

Er trat auf die Tochter zu und umarmte sie zärtlich.

„Kränke nur Du Dich nicht, mein teures Herz ... es wird noch alles gut werden ...“

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021003/5
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Soziales.

Gegen den Dr. Crüger'schen Genossenschafts-Verband wird unter Berücksichtigung der Vorgänge in Kreuznach in den Kreisen der Konsumvereine jetzt tüchtig mobil gemacht. So haben zum Beispiel außer dem sächsischen Verband die Vereine in dem süddeutschen, dem thüringischen, dem brandenburgischen und dem nordwestdeutschen Konsumvereinsverband Stellung zur Sache genommen. Außerordentliche Verbandstage dieser Verbände werden in nächster Zeit über die Angelegenheit beschließen und jedenfalls den Austritt aus dem Crüger'schen Verband herbeiführen. Andere Vereine und Verbände, das ist zu hoffen und zu wünschen, werden nachfolgen. Die Arbeiten für einen deutschen Verband der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften sind im besten Zuge. Sehr bemerkenswert ist, daß sich auch Herr Verbandsdirektor Barth-München, der nicht Sozialdemokrat ist, im hiesigen Verbandsorgan sehr scharf gegen Dr. Crüger ausläßt. Die freisinnigen Blätter wußten schon in ihren Spalten, daß Herr Barth den Vertretern der ausgeschlossenen Konsumvereine untreu geworden sei. Das ist nicht richtig, Herr Barth schreibt u. a. vielmehr:

„Es erschien dem Herrn Anwalt und der Majorität eben notwendig, Abschreckungstheorie zu treiben; ..... ein tüchtiges Exempel mußte statuiert werden. Die Vereine aus unserem Verbande, welche diesmal noch nicht ausgeschlossen wurden, werden wohl zu einem nächsten Opfer fest aufgespart bleiben. Außer einer Anzahl kleiner, neu gegründeter Vereine befanden sich auch vier größere vortreffliche Vereine dabei, wovon der eine noch auf dem vorletzten Verbandstag das besondere Lob des Herrn Anwaltes erhielt. Zu diesem Gewaltstreich des Massenausschlusses gesellte sich ein zweiter, indem nach ganz kurzer Debatte, nachdem nur zwei Redner gegen den Ausschluß gesprochen, der Schluß beantragt und auch angenommen wurde. Um eine sichere Majorität zu haben, wurden alle die zahlreichen Kreditvereine der engeren und weiteren Umgebung zusammengetrommelt und kann ich mit Beweis aufwarten, daß mancher, der für Ausschluß stimmenden Vertreter nicht wußte, warum er dieses thue; er that es eben, weil der Herr Verbandsanwalt dazu aufforderte. Man bestellte sich auch den Schluß der Debatte so zeitig, damit ja durch kein versöhnendes oder mahnendes Wort die imposante Majorität gestört würde. Sagte mir doch der Herr Direktor eines großen Kreditvereins des anderen Tages: „Gestern wurde ein großes Unrecht begangen, man stimmte für den Ausschluß, ohne die Leute sich verteidigen zu lassen, wer weiß, ob nicht mancher anders gestimmt hätte, wenn der Schlußantrag nicht so früh angenommen worden wäre." Nähere Mitteilungen über diesen denkwürdigen Genossenschaftstag werde ich auf dem Verbandstag machen. Damit die Vereine aber auch vorher in gemeinsamer Sitzung sich beraten und Stellung nehmen können, so will ich hiermit erklären, daß meiner Ansicht nach für die Konsumvereine kein geeigneter Platz mehr im allgemeinen Verbande ist; ein großer Teil der Kreditvereinler würde es mit Freuden begrüßen, wenn sie alle gingen."

Zur Mannheimer Gewerbegerichtswahl. In Mannheim ist bekanntlich das Proportionalwahlsystem eingeführt worden, welchem Anfangs die Gewerkschaften keinen Widerstand entgegensetzten. Als aber am 5. September die Frist zur Einreichung der Wahllisten abgelaufen war, ergab sich, daß die Christlichen und die Hirsch-Dunckerschen versäumt hatten, ihre Kandidatenlisten aufzustellen. Das amtliche Wahlbureau erkannte, daß eine nachträgliche Zulassung einer gegnerischen Kandidatenliste nur möglich sei auf Grund einer gütlichen Vereinbarung mit dem Gewerkschaftskartell. Nun hatte es aber das Kartell nicht in der Macht, eine amtlich feststehende Thatsache nachträglich zu korrigieren. Das Kartell lehnte es denn auch ab, dem Begehren der Gewerkvereinler und Gewerkschaftschristen zu willfahren; seine Zustimmung hätte jedenfalls einen ganz eigenartigen Präzedenzfall geschaffen, der die übelsten Konsequenzen nach sich ziehen konnte. Jetzt verlautet, daß die Behörde den Termin der Gewerbegerichtswahl vertagt hat. Eine sonderbare Gefälligkeit gegen die vergeßlichen Gewerkvereinler!

Eine polnische Stimmzettelgeschichte. Die Zeitschrift Das Gewerbegericht berichtet über eine interessante Sparsamkeit bei den Wahlen zum Gewerbegericht in Posen. Demnach war bei den regelmäßigen Wahlen zum dortigen Gewerbegericht im August 1900 die Mehrzahl der Stimmzettel in polnischer Sprache gedruckt (Vor- und Zuname und Stand). Der Vorsitzende des Wahlvorstandes wollte diese Zettel beanstanden, weil sie ihm nicht verständlich seien. Die vier Beisitzer jedoch waren entgegengesetzter Meinung und so wurden die Zettel vom Wahlvorstande durch Mehrheitsbeschluß für gültig erklärt. Darauf erhob der Magistrat der Stadt Posen Beschwerde gegen die Wahlen beim Bezirksausschuß mit dem Antrage, die Wahlen für ungültig zu erklären. Der Bezirksausschuß folgte dem Antrage des Magistrats, erklärte die polnischen Stimmzettel und damit die Wahl der durch sie gewählten Beisitzer für ungültig.

Die davon betroffenen Beisitzer riefen die Entscheidung des Provinzialrats an und dieser hob die Entscheidung des Bezirksausschusses mit der Begründung auf, daß dem Magistrat überhaupt kein Beschwerderecht zustehe. In eine Prüfung der Frage, ob die polnischen Stimmzettel ungültig seien, trat der Provinzialrat nicht ein, da keine formell zulässige Beschwerde vorlag. Es bleibt demnach bei der Entscheidung des Wahlvorstandes.

Zum Geschäftsführer des Schedewitzer Konsumvereins wurde, wie das Dessauer Volksblatt mitteilt, Genosse Max Poppig aus Leipzig-Plagwitz gewählt. Das dürfte auch der Grund sein, warum P. die Wahl zum Geschäftsführer des Konsumvereins in Dessau nicht angenommen hat.

Sächsische Angelegenheiten.

Im 7. Reichstagswahlkreise soll, nach Meldungen verschiedener Amtsblätter aus diesem Bezirke, Herr Gäbel, der jetzige antisemitische Reichstagsabgeordnete, in einer gemeinsamen Vertrauensmännersitzung der deutsch-sozialen Reformpartei wieder als Reichstagskandidat aufgestellt worden sein. Die Konservativen werden mit dieser Kandidatur kaum einverstanden sein. Eine antisemitisch-konservative Balgerei ist daher sehr wahrscheinlich im 7. Reichstagswahlkreise.

Zwangsvollstreckung in kleineren Gemeinden. Das Ministerium des Innern weist in einer jüngst erschienenen Verordnung darauf hin, daß die einzelnen Bürgermeistern in Städten mit der Städteordnung für mittlere und kleine Städte, Gemeindevorständen und Gutsvorstehern schon jetzt unter Vorbehalt des Widerrufs verliehene Befugnis zur Anordnung der Zwangsvollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen bis auf weiteres bestehen bleibt, daß sie jedoch beschränkt wird auf die Vollstreckung in bewegliche körperliche Sachen, mit Ausnahme auf den Namen lautender Wertpapiere, außer Kurs gesetzter Inhaberpapiere und noch nicht vom Boden getrennter Früchte. Die Anordnung der Vollstreckung in die genannten körperlichen Sachen und der Vollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte, sowie auf Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen bleiben insoweit den Amtshauptmannschaften vorbehalten.

Die Vorbereitungen für die Errichtung eines Gewerbegerichts in der Amtshauptmannschaft Leipzig sind nun soweit getroffen worden, daß der Bezirksausschuß in seiner für kommenden Sonnabend den 4. Oktober anberaumten Sitzung einen endgültigen Beschluß fassen kann. — Hoffentlich giebt das Vorgehen dieser Behörde auch anderen Amtshauptmannschaften Veranlassung, in gleicher Weise vorzugehen. Es giebt in Sachsen sehr viele amtshauptmannschaftliche Bezirke, wo ein Gewerbegericht dringend nötig wäre.

Vom Güterverkehr in Sachsen giebt der Jahresbericht der Dresdner Handels- und Gewerbekammer folgende Uebersicht: Der Eisenbahn-Güterverkehr Sachsens ging von 25 783 535 Tonnen in 1900 auf 24 197 703 Tonnen in 1901, also um 6,1 Prozent zurück; der Dresdens sogar um 7,6 Prozent. Der Flußgüterverkehr Dresdens stieg dagegen, und zwar von 865 512 Tonnen auf 897 930 Tonnen. Der Eisenbahn-Personenverkehr Sachsens ging um 1,2 Prozent zurück; die Zahl der beförderten Personen betrug 1900: 67 244 472, 1901 dagegen nur 66 430 309. Der Eisenbahn-Personenverkehr Dresdens sank sogar um rund 3 Prozent. Aus der Statistik des Kohlenverkehrs ist folgendes hervorzuheben: Der Bezug von weniger heizkräftigen deutschen Braunkohlen, die man im Jahre 1900, als infolge des Bergarbeiterausstandes die böhmischen Braunkohlen sehr teuer und knapp wurden, als Ersatz in großen Mengen heranzog, ging zurück, und zwar von 471 286 Tonnen auf 314 446 Tonnen, also um rund 33 Prozent. Eine Zunahme weisen die schlesischen Steinkohlen (um 8 Prozent) und die böhmischen Braunkohlen (um rund 5 Prozent) auf. Der Versand böhmischer Braunkohlen auf der Elbe stieg seit 1900 um annähernd 9 Prozent. Der Gesamtbezug an Kohlen auf Eisenbahn und Elbe belief sich 1901 auf 3 285 575 Tonnen gegen 3 401 665 Tonnen im Jahre 1900. Es ergiebt sich somit ein Rückgang des Kohlenempfanges von 116 090 Tonnen oder 3,4 Prozent.

Eine Vertreterversammlung des sächsischen Lehrervereins, die am 28. September in Zittau tagte, nahm u. a. einen Antrag an, bei der Regierung und den Ständekammern dahin zu petitionieren, daß die Pensionsverhältnisse der Lehrer nach denen der Staatsdiener geregelt werden. Die Vertreterversammlung forderte ferner die vollständige Durchführung der Schulaufsicht durch Fachleute. Bei den Schulen, über die kein Direktor gesetzt ist, soll die Aufsicht über den innern Schuldienst der Bezirksschulinspektor ausüben. Das Recht der Kirche, den Religionsunterricht durch Geistliche überwachen zu lassen, soll unberührt bleiben.

Diese Resolution richtet sich offenbar gegen den Zustand, daß heute in kleineren Gemeinden meist Geistliche als Ortsschulinspektoren fungieren.

Nette Honoratioren. Aus Voigtsberg i. Erzgeb. wird gemeldet: Der hiesige Schützenkönig Helbig wurde wegen Brandstiftung vom Schwurgericht zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, während die Frau des hiesigen Feuerwehr-Kommandanten Thiele wegen des gleichen Verbrechens und außerdem wegen Diebstahls 1½ Jahr Zuchthaus zudiktiert erhielt.

Gittersee. Auf den hiesigen Bäckermeister Wilhelm wurde in vergangener Nacht ein Raubanfall verübt. Als der Genannte früh ½2 Uhr aus seiner Wohnung trat, um die in dem Nebenhause schlafenden Bäckergesellen für den Antritt der Nachtarbeit zu wecken, traten ihm plötzlich zwei maskierte Gestalten entgegen, die ihm einen Revolver auf die Brust hielten und von ihm Geld forderten. [illegible] sofort dem einen der Angreifer die [illegible] gegen den Kopf. Darauf schoß der andere Maskierte mit dem Revolver auf Wilhelm und traf ihn in die rechte Schulter. [illegible] Wilhelm so viel Zeit, rasch die Thüre zu schließen. [illegible] Alarm schlug, entflohen die Thäter. Die beiden Maskierten scheinen Helfershelfer gehabt zu haben, denn mehrere vor dem Hause während des Ueberfalls befindliche Personen ergriffen mit den Maskierten gleichzeitig die Flucht. Man glaubt, den Thätern auf der Spur zu sein.

Hainichen. Am Montag ist unser alter Parteigenosse Fritz Beier gestorben; er hat ein Alter von 77 Jahren erreicht. Beier hat hier jahrzehntelang die Arbeiterpresse vertrieben. In den letzten Jahren drückte ihn sein hohes Alter, so daß er seinen Beruf nur mit aller Anstrengung erfüllen konnte. Beier gehörte zu denjenigen, die sich kein Blatt vor den Mund nehmen, seine drastische Ausdrucksweise war bekannt und er galt deshalb allgemein als ein Original. Er hat nun die langersehnte Ruhe gefunden, möge ihm die Erde leicht werden.

Reichenau. Die Untersuchung hat ergeben, daß die hier vorgekommenen Bleivergiftungen thatsächlich auf die hiesige Wasserleitung, bezw. deren bleierne Zuleitungsröhre zurückzuführen sind. Die Entnehmer des Wassers der bezeichneten Leitung haben daher bei Entnahme von Wasser zu Trink- oder Kochzwecken bis auf weiteres die Vorsicht zu gebrauchen, den Hahn zuvor mehrere Minuten lang vollkommen aufgedreht zu halten und das stehende Wasser ablaufen zu lassen, ehe solches zu Gebrauchszwecken entnommen wird.

Sohland a. Spr. Einen eigentümlichen Zug konnte man am vergangenen Sonntage beobachten. Eine große Anzahl Schulkinder benutzten die Ferien dazu, ins Böhmische zum Kartoffelausgraben zu gehen. Für diese armen Proletarierkinder sind also die Schulferien anstatt eine Erholung eine Quelle anstrengender Arbeit und dabei erhalten sie ganze 64 Pf. Lohn pro Tag. Man sieht also, die [illegible] haben wir drüben.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Von der Brücke des Eisenbahnviadukts bei Weida stürzte sich am Montag die Ehefrau eines Zuschneiders aus Pößneck hinab. Die Frau, die an einem schweren Nervenleiden litt, war sofort tot. — Auf Anordnung der Bezirksschulinspektion ist in Wüstenbrand wegen mehrerer Fälle von Masernerkrankungen der Schulunterricht auf die Dauer von [illegible] Tagen ausgesetzt worden. — Brandstifter treiben ihr [illegible] in Eibenstock. Am Mittwoch früh ging wieder die mit allen Erntevorräten angefüllte Scheune des Herrn Oekonomen Ernst Rau an der Schönheider Straße in Flammen auf und brannte gänzlich nieder. Von dem Brandleger hat man auch hier wieder keine Spur. — In einem abgesonderten Arbeitsraume der Sandfabrik von [illegible] in Platten bei Johanngeorgenstadt durchschnitt sich am Montag früh vor Beginn der Arbeit der Stöpselschneider [illegible] mit seinem Messer den Hals. Er wurde tot aufgefunden. Der Bedauernswerte, ein ruhiger und arbeitsamer Mann, hinterläßt eine Witwe und sieben unversorgte Kinder.

Stadt-Chronik.

Sehr bescheiden sind die Antisemiten in Dresden geworden. Den unbestreitbaren Hereinfall am Mittwoch posaunen sie — was wir übrigens bei ihrer Veranlagung nicht anders erwartet haben — wehmütig als einen Erfolg aus!! Wenn eine politische Partei, die irgend eine Bedeutung hat, die Winterkampagne eröffnet und dazu ihren Haupthahn antreten läßt, der sogar schon, wie der Wachtdirektor a. D., Reichstagsabgeordneter des Kreises war, und mit allen Mitteln der Reklame nur einige Hundert Besucher — Frauen, die besonders dringend eingeladen waren, sind nur wenige dabei gewesen — auf die Beine zu bringen vermag, dann muß es wahrhaftig faul um sie bestellt sein. In der großen Haupt- und Residenzstadt, wo viele Tausende von Geschäftsleuten sitzen, denen der Bundesgenosse der Brot- und Fleischwucherer ihren „wahren Feind" zeigen wollte, lassen sich nur — mit Hinzuziehung der ganzen Umgegend — wenige Hundert finden: das zeigt unzweideutig, daß es rapid bergab geht mit dem politischen Kredit der Antisemiten und ihres Haupthelden. Die bürgerliche Presse, soweit sie über die Versammlung heute berichtet, giebt den Hereinfall der antisemitischen Hungerzöllner-Schutztruppe zu; und wenn auch die Wacht den Mund gehörig voll nimmt und ihr Chefredakteur einen langen Leitartikel und noch einen Lokalartikel [illegible] widmet, wenn sie auch in ihrer bekannten Manier verdreht und lügt: die Leute, die der Versammlung beigewohnt, wissen es besser. Sehr bezeichnend für die Wahrheitsliebe des antisemitischen Moniteurs ist, daß er sogar die für Zimmermann geradezu vernichtenden Ausführungen des Fleischermeisters Richter — den die Neuesten Nachrichten in ihrem Berichte über die Versammlung fälschlich als Sozialdemokraten bezeichnen — in eine Zustimmung umfälscht. Zimmermann hatte in seinem Referate behauptet: gerade der kleine Landwirt züchte Schweine und hätte Vorteil von den hohen Fleischpreisen, während ihm Herr Richter das Gegenteil bewies: die Großagrarier betreiben die Schweinezucht und verkaufen die Ferkel zu so horrend hohen Preisen an die kleinen Landwirte, daß diese nichts mehr daran verdienen können, wenn sie die Schweine nach der Heranmästung verkaufen. Also, und das ist der springende Punkt: nicht die kleinen Landwirte, der Bauer, werden durch den Fleischwucher geschützt, sondern die Großgrundbesitzer! An diesem einen, aber

Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

Dresdner Kunstchronik. [Theater] Im königl. Opernhause findet Montag den 6. Oktober die Uraufführung der einaktigen Dorfidylle Das war ich von R. Batka, Musik von Leo Blech, statt. Besetzt sind die Partien wie folgt: Paul, der Pächter: Herr Scheidemantel; Martha, die Pächterin: Fräulein Krull; Peter, der Knecht: Herr Jäger; Röschen, die Base: Fräulein Nast; die Nachbarin: Fräulein Eibenschütz. —

In der Nacht zum Freitag ist infolge eines Schlaganfalls der Hoftheaterkassierer, Herr Max Körzinger, im Alter von 43 Jahren gestorben. Er war seit 1882, also 21 Jahre hindurch im Amte und wurde von Theaterleitung und Theaterbesuchern gleicherweise sehr geschätzt. —

Die Kammersängerin Frau Emilie Herzog wird in der heute stattfindenden Aufführung der Donizettischen Oper Die Regimentstochter die Titelpartie singen. —

Vor dem Budapester Bezirksgericht fand vor einigen Tagen eine Verhandlung über eine Klage statt, die die Direktion der Oper gegen den kontraktbrüchigen Tenoristen Karl Burrian, der gegenwärtig in Dresden engagiert ist, auf Zahlung eines Pönales von 30 000 Kronen eingebracht hat. Die Verhandlung wurde zur Einvernahme des gewesenen Intendanten Grafen Keglevich vertagt. Der Intendant des Dresdner Hoftheaters, Graf Seebach, von dem Direktor Mader die Freilassung Burrians forderte, hat zu der Sache erklärt, daß er einer Bühne gegenüber, die sich das Engagement vertragsbrüchiger Sänger zur Regel mache, gar keine Verpflichtungen habe. —

[Konzerte] Der Dresdner Mozartverein veranstaltet in seinem Konzert am 16. Oktober für Deutschland die Erstaufführung eines bisher unbekannten Mozartwerkes, das kürzlich in Paris in der Bibliothek des Konservatoriums gefunden wurde: eine Ouverture für großes Orchester. Der Fund enthielt sämtliche gedruckte Orchesterstimmen zu dieser Ouverture. Herr Georges Marty, Dirigent der Konservatoriums-Konzerte, stellte eine Partitur zusammen und führte das Werk auf. Der Dresdner Mozartverein verschaffte sich eine Abschrift der Ouverture, und nun wird sie zum erstenmal in Deutschland erklingen. Sie beginnt mit einem reizenden Andante für Oboe-Solo, woran sich ein lebensvolles, kraftvoll durchgeführtes Allegro schließt, das gleich bei seinem Eintritt unverkennbar echt Mozartsche Signatur trägt. —

Der Dresdner Chorverein führt Mittwoch den 15. Oktober in der Dreikönigskirche das Franz Lisztsche Oratorium Christus auf. Der öffentliche Kartenverkauf beginnt Mittwoch den 8. Oktober in der Hofmusikalienhandlung von Ries. — Am 11. Oktober findet abends 7 Uhr im großen Saale des Vereinshauses der erste Liederabend des Chorgesangvereinsbundes für Dresden und Umgegend statt, an dem Chöre von Beethoven, Robert Volkmann, Robert Schumann, Wilhelm Kirchbieser, C. H. Döring, Hugo Jüngst, Volksweisen usw. zur Aufführung gelangen. —

Die Gewerbehaus-Konzerte werden auch in diesem Winter wie in den Vorjahren vom kgl. Musikdirektor A. Trenkler mit seiner aus 53 Mitgliedern bestehenden Gewerbehaus-Kapelle ausgeführt. —

Herr Albert Fuchs giebt unter Mitwirkung der Robert Schumannschen Singakademie am 23. Oktober im Vereinshause (Zinzendorfstraße) ein Konzert, in dem Gesangs- und Instrumental-Musik des 16., 17. und 18. Jahrhunderts zum Vortrag gelangt. Eintrittskarten sind in der Hof-Musikalienhandlung F. Ries (Kaufhaus) zu haben. —

[Bildende Künste] Professor Fritz Schumacher von der hiesigen Technischen Hochschule hat einen glänzenden Ruf als Direktor an einer preußischen Kunstanstalt erhalten und abgelehnt. —

Die Volkssingakademie wiederholte gestern abend im Trianonsaal, der wieder bis auf den letzten Platz besetzt war, ihr erstes Instrumentalkonzert dieses Winters. Das Publikum lauschte wieder, wie am Vorabend, den Darbietungen mit andächtiger Aufmerksamkeit und unter geradezu großartiger Ruhe. Bemerkenswert ist, daß sogar nach den einzelnen Sätzen der Musikstücke der Eindruck durch Beifallklatschen nicht gestört wurde. Die Zuhörer warteten still den Schluß des Stückes ab und gaben dann durch kurzen, aber bewegten Beifall ihren Dank kund. Herr Konzertmeister Lewinger mußte manchmal diesen Dank entgegennehmen und zum Schluß wurde auch Herrn Kapellmeister Reichert eine solche Ehrung zu teil. -ck.

Die Zola-Kundgebungen dauern fort. In der Presse aller Länder treten die Träger der bedeutendsten Namen in sich drängender Menge auf den Plan, um ihr Urteil über den Toten zu fällen. Das Ganze macht den Eindruck einer mächtigen, impulsiven internationalen Feier. Aus dem Nachrufe Georg Brandes', des berühmten dänischen Literarhistorikers und Forschers über das zeitgenössische Geistesleben, sei das Urteil genannt: „Mit Zola verschwindet eines der größten Talente unserer Zeit. Sein Lebenswerk bezeichnet eine Epoche in der Geschichte des Romans. Nie zuvor war man der Wirklichkeit so nahe gekommen, wenn man sie bisweilen auch [illegible] wollte." Dieses Urteil [illegible] Plastik, es atmet die Meinung zukünftiger Geschichte über den gewaltigen Streiter.

Aus Deutschland wird dem Toten eine künstlerische Ehrung, der die Namen der Ehrenden besondere Weihe geben, dargebracht werden. Die Münchner Neuesten Nachrichten veröffentlichen einen Aufruf, nach dem folgende Dichter einen silbernen Kranz am Grabe Zolas im Namen seiner Verehrer niederlegen wollen: M. G. Conrad, Richard Dehmel, Bruno Wille, Max Halbe, Joseph Viktor Widmann und Friedrich [illegible].

Das Fach, in welchem das Testament Zolas sich befand, ist am Donnerstag nachmittag in Gegenwart der Frau Zola geöffnet worden. Das Testament ist versiegelt und wird gesetzmäßig von dem Präsidenten des Zivilgerichts geöffnet werden. Man weiß indessen aus einem dem Testament beigefügten Schriftstück, daß Frau Zola Universalerbin ist, und daß der Verstorbene keine Anordnungen für sein Begräbnis getroffen hat.

Der Vorsitzende des Pariser Gemeinderats, Escudier, der mit Beileidszuschriften zum Tode Zolas überhäuft wird, namentlich auch durch Kundgebungen der Gemeinderäte anderer Städte aus allen Teilen Frankreichs, ist durch den Umfang, den die Teilnahme in Paris gefunden, höchstwahrscheinlich in große Verlegenheit gebracht worden. Er weiß vermutlich nicht, wie er als Nationalist dem Toten offiziell gerecht werden soll, ohne mit seinen Parteiansichten in Konflikt zu geraten, und er schweigt. Das Schweigen der Verbissenheit! Zur Kennzeichnung eines Teiles der Kundgebungen sei erwähnt, daß der Gemeinderat von Toulon am Mittwoch zum Zeichen der Trauer seine Sitzung unter Annahme einer Tagesordnung aufhob, die besagt: „Ganz Frankreich muß den großen Schriftsteller betrauern, gegen welchen sich die aufgeregte Menge im unbewußten Delirium wandte."

Die Libre Parole versucht einen letzten Appell an den Chauvinismus. Sie findet, daß die Ehrungen Zolas auf eine Verherrlichung des Vaterlandsverrates hinauslaufen und giebt das Titelblatt einer deutschen Ausgabe von Zolas Roman Der Zusammenbruch wieder, auf dem ein preußischer Soldat, der einen Franzosen niedersticht, abgebildet ist. Das klerikale Blatt fragt, ob Paris diese Schmach verdienen wolle? Auch dieser Versuch zur Aufreizung wird am Begräbnistag keinerlei Erfolg haben. Die Verlegung der Leichenfeier auf Sonntag kommt der Entfaltung der ganzen sozialistischen Arbeiterschaft zu gute und vor der Macht dieser Kundgebung wird sich jede Lust zu klerikaler Opposition spurlos verflüchtigen.

Die Sammlung für ein Denkmal Zolas hat am ersten Tag 7334 Franken ergeben.

Die Ruine Elsterberg soll staatlich geschützt werden. Auf ein Gesuch des Elsterberger Gebirgsvereins um Gewährung einer Beihilfe für die Erhaltungsarbeiten ist am Sonnabend eine Zusicherung ein-

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021003/6
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

außerordentlich treffenden Beispiele kann man ungefähr die Wahrheitsliebe der Wacke ermessen.

Herr Zimmermann hat eine kläglich Niederlage erlitten. Die 30 Minuten Redezeit wurden von seinen Gegnern gut ausgenutzt: es wurden ihm so viel Unrichtigkeiten nachgewiesen und so viel Wahrheiten gesagt, daß der bei den Antisemiten so beliebte Trick, durch eine lange Redezeit eine Widerlegung des Referenten zu verhindern, völlig fehlgeschlagen ist. Und wenn sie bei der nächsten Versammlung ihre Gegner — pardon ihre Versammlungen ganz absperren, dann sind sie ebenfalls gerichtet: **Sie getrauen sich nicht mehr an die Oeffentlichkeit!** Wir wollen nur noch den Eindruck wiedergeben, den das soz. unparteiische Organ von dem Verlauf der Versammlung gewonnen hat. Es schreibt u. a.: „Seine (Zimmermanns) eigene Anhängerschaft wollte **nicht recht warm werden.** Trotzdem Beifall erscholl aber durch den Saal, als die Debatteredner die Behauptungen des Gegners **widerlegten** und an der Hand der Urteile von Sachverständigen das **Irrige** derselben kennzeichneten. Als gegen Mitternacht die stürmische Versammlung zu Ende neigte und Herr Zimmermann in einem sogenannten Schlußwort möglichst zu retten suchte, was noch zu retten war, da war das Interesse der Versammlung erlahmt und alle „Widerlegungen" der Debattierenden schienen unter beständiger Unruhe auf steinigen Boden zu fallen. Je heiserer Herr Zimmermann ins Zeug ging und den Tumult zu übertönen sich bemühte, desto gereizter gebärdete sich die Gegnerschaft, so daß der sonst bei Versammlungen erstrebte Schlußeffekt vollständig fehlschlug und die Versammlung zu einem **Fiasko** ihrer **Unternehmer** sich gestaltete."

Den Eindruck mußte ja auch jeder gewinnen, der nicht blind und taub war. Und daran, daß die Versammlung unruhig wurde, waren der **Referent** und seine Gesinnungsgenossen selber schuld. Wenn einer mit solchen offenbaren Mätzchen und faustdicken Unwahrheiten aufwartet, wie Herr Zimmerman, dann kann er nicht erwarten, daß die anwesenden Gegner sich das ruhig gefallen lassen. Er operierte mit Worten wie „Volksbetrüger", jüdisch-sozialdemokratische Presse usw., beschimpfte die Führer der Sozialdemokratie in rüdester Weise. Deren bloßer Ruhe war zu danken, wenn man sie schließlich doch anhören konnte. Jeder Debatteredner wurde von der in der Nähe des Rednerpultes sitzenden Korona mit „Judenknecht" angebrüllt. Die Dresdner Antisemiten sind berüchtigt in ganz Deutschland wegen ihrer Rüpelhaftigkeit, wenn **sie** in der Majorität sind. In früheren Versammlungen sind oft unsere Genossen von ihnen in rohester Weise gemißhandelt worden, wenn sie wagten, ihrer Meinung in einer antisemitischen Versammlung Ausdruck zu geben. Daß das jetzt nicht mehr angängig ist und ihnen schlecht bekommen würde, das ist es, was sie so ärgert. Mit der Faust konnten sie antreten. Jetzt, wo sie im Redekampf ihre Ansichten vertreten sollen, da kapert's. Sehr bezeichnend war auch eine Episode, die sich während des Vortrags ereignete. Zimmermann brach, obgleich man im Hause des Gehängten eigentlich nicht vom Strick reden sollte, vom Grundstückswucher, als ihm „Hartwig" zugerufen wurde. Er stutzte, schwieg unter dem Hohngelächter der Gegner eine Minute und ging dann in seinen Ausführungen weiter, **ohne auf den Zwischenruf einzugehen.**

Die Position Zimmermanns ist unhaltbar. Man kann nicht der Schwanz der Agrarier, der Brot- und Fleischsteuerer, der Vernichter von Handel und Gewerbe und zugleich Mittelstandsretter sein. An diesem unlösbaren Widerspruch muß der Antisemitismus und sein Häuptling in einer gewerbetätigen Stadt Fiasko erleiden und die Versammlung war dafür ein vollgültiger Beweis. Zimmermann mag sich bei Zepen um eine Wachtmeisterstelle bei der Pöcklerschen Reiterei in Klein-Lichterfelde bewerben.

Aus dem Stadtverordnetensaale. Die gestrige Sitzung dauerte nur knapp eine Stunde. — Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der stellvertretende Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. **Häckel**, folgende **Erklärung** ab: Es ist mehrfach die Frage an mich gerichtet worden, so auch gestern in einer großen Versammlung, welche Stellung ich als Stadtverordneter zu den indirekten städtischen Steuern einnehme. Ich persönlich und meine Gesinnungsgenossen stehen auf dem Standpunkte, daß wir uns der Einführung **neuer indirekter Steuern** widersetzen würden. Gegen die Abschaffung der **bestehenden** indirekten Steuern bin ich deswegen, weil diese nur möglich wäre durch einen drückenden und empfindlichen Zuschlag zu der Einkommensteuer und durch Erhöhung der Grundsteuer. Letztere würde aber auf die Mieter abgewälzt werden. (Bravo! bei den Antisemiten.) — Der Vorsitzende machte bekannt, daß der **Mietbewohnerverein** ein Exemplar seiner zweiten **Petition** an den Reichstag dem Kollegium überreicht habe. Landrichter **Heinze**: Es ist so gekommen, wie wir (Mietbewohnerverein) gesagt haben. Der Reichstag hat vier Petitionen über die indirekte Lebensmittelbesteuerung in Dresden erhalten. Ich bin neugierig, ob der Rat eine fünfte Petition abschicken wird. Ebensogut wie der Rat jetzt schweigen wird, hätte er schon das erste Mal schweigen können. (Zustimmung links.) — Einen **zünftlerischen** Vorstoß gegen die neuerrichtete Konditorei des **Herzfeldschen Warenhauses** unternahmen die Antisemiten durch Apotheker **Köhler**, der den Rat wegen der Konzessionserteilung interpellierte. Der Redner meinte, die Bedürfnisfrage hätte unbedingt verneint werden müssen. Wenn die Regierung auf einem anderen Standpunkte stehe, so setze sie sich mit dem Dekret über die Besteuerung des Großbetriebes im Kleinhandel in Widerspruch. Jenes Dekret trete für den Schutz des Mittelstandes ein. Ebenso gut wie ein Warenhaus könnte ein vielbeschäftigter Arzt, bei dem die Patienten 2, 3 Stunden warten müßten, um Kaffeekonzession einkommen. (Heiterkeit.) Auch ein Landgerichtspräsident könnte für die Zeugen um Konzession nachsuchen. Stadtrat **Blochwitz** führte in längerer Rede aus, der Rat habe die Bedürfnisfrage verneint. Als der Kreisausschuß dem Rekurs der Firma stattgab, habe der Rat sofort das Lokal beanstandet und als ungeeignet erklärt. Allein auch in dieser Beziehung hätte die Regierung gegen den Rat entschieden, so daß nichts übrig geblieben sei, als den Kaffeeschank beizugeben. Die Firma hätte angegeben, ihre Kundinnen genierten sich, allein in die benachbarten Kaffeehäuser zu gehen. (Stürm.) **Müller** u. **Berneck** erklärte, er halte die Entscheidung der Kreishauptmannschaft für durchaus richtig. Man könne gar nicht genug Kaffee trinken, was man von Schnaps, Bier und Wein nicht behaupten dürfe. Dr. **Häckel** äußerte mit rehabilitierten Tone, er hätte gewünscht, Dresden hätte sich frei gehalten von solchen Ausnahmen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen, nachdem noch Hofrat **Buttmann** angedeutet hatte, er sei nicht mit der Behauptung einverstanden, daß man gar nicht Kaffee genug trinken könne. — Genehmigt wurde die Mitteilung des Ortsgesetzes über die **Einverleibung Trachaus.** Das Gehalt des Gemeindevorstandes wurde auf 5000 M. festgesetzt. Sechsmal soll sein Gehalt alle zwei Jahre um 300 M. erhöht werden. — Der Rest der Tagesordnung war ohne Interesse.

Dr. Becker als Reichstagskandidat! Die Konservativen des Wahlkreises **Dresden-Altstadt** haben in einer Sitzung der letzten Tage den bekannten Landgerichtsdirektor Dr. **Becker**, den Vorsitzenden des gemeinnützigen Spar- und Bauvereins, zum Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl aufgestellt. Den Arbeitern Dresdens ist der Herr außer durch seine Thätigkeit in diesem Verein vor allem durch die harten Urteile bekannt, die er als Amtsrichter in politischen Prozessen über angeklagte Sozialdemokraten fällte. Noch in aller Erinnerung sind seine Sprüche in den Prozessen, die dem Waldschlößchen-Boykott folgten und in denen Herr Becker bekanntlich Recht sprechen konnte, obgleich er selbst Aktionär der Waldschlößchenbrauerei war, gegen die die Angeklagten den wirtschaftlichen Kampf geführt hatten.

Uebrigens scheint es nach dieser Meldung mit dem von den Antisemiten so laut gepriesenen Kompromiß, durch den sie das Altstädter Mandat erhalten sollten, nicht zu klappen. Oder sollten die Antisemiten im Bewußtsein ihres Nichts vor den Konservativen die Waffen strecken? Das wäre doch eigentlich bitter für Herrn **Häckel**, der doch auch einmal das Vergnügen haben dürfte — durchzufallen.

Zu dem Gewissenszwang, den der hiesige Rat in seinem famosen Entwurf zu einer Arbeitsordnung für städtische Arbeiter auf diese ausüben möchte, bemerkt selbst die Kreuzztg.: „Wir glauben, daß der Evangelische Arbeiterverein mit seinen Bedenken im Recht ist. Königstreue Gesinnung läßt sich nicht erzwingen, sondern im besten Falle nur äußerlich vorschreiben, alsdann aber hätte sie keinen Wert und brächte der Stadt nicht den Nutzen, den sie von ihr erwartet. Wenn sie sich aber darauf beschränkt, ihren Arbeitern Fernhaltung von der sozialdemokratischen Agitation aufzuerlegen, so ist das **zwar auch nur ein äußerliches Moment, das keinen Einblick in die wahre Denkweise der Leute gestattet.** Immerhin aber wird dadurch einer **Anstandspflicht** genügt, der sich keine ihrer Bürgerpflicht bewußte Gemeinschaft zu entziehen vermag. An diesem Punkte muß deshalb unter allen Umständen festgehalten werden. Wir bedauern das um so schärfer, als er in die Arbeitsordnung anderer Städte unseres Wissens nicht aufgenommen worden ist und von liberalen Gemeindeverwaltungen auch wohl schwerlich aufgenommen werden wird, da dies die Umsturzvorlage vor den Kopf stoßen hieße, die bekanntlich wie ein rohes Ei behandelt werden muß. Immerhin würde es günstig wirken, wenn zunächst in Dresden auf der erwähnten Grundlage Einigung erzielt werden könnte, und deshalb hoffen wir, daß die städtische Verwaltung sich den vom Evangelischen Arbeiterverein vorgebrachten Gründen nicht verschließen werde. Mit den Staatsbeamten, die den Treueid leisten müssen, ohne daß sich ihnen ins Herz blicken ließe, sind die städtischen Arbeiter doch nicht ohne weiteres zu vergleichen, weil es sich bei ihnen in keiner Weise um so verantwortungsvolle Stellungen handelt, als bei den Beamten — ganz abgesehen davon, daß hier überdies ein unvordenkliches Herkommen in Betracht gezogen werden muß, während es sich bei den städtischen Arbeitern um eine völlig neue Einrichtung handelt.

Wir müssen auf unserem Standpunkt nur beharren, daß die Stadt Dresden als Arbeitgeberin nicht das Recht hat, die Freiheit der Arbeiter in irgend einer Weise zu beeinträchtigen. Der städtische Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft und wird dafür bezahlt. Mehr hat der Arbeitgeber nicht zu fordern. Was der Arbeiter sonst macht, geht ihn absolut nichts an. Das ist der Rechtsstandpunkt der Sache. Und dann, bezahlt denn die Gemeinde die Arbeiter so nobel, daß man selbst solche demütigende Bedingungen ihnen aufzuerlegen wagt? Mit nichten. Wenn man doch endlich einsehen wollte, daß auch mit der Verpflichtung, sich von sozialdemokratischer Agitation fernzuhalten, absolut nichts erreicht wird! Die städtischen Arbeiter wissen, daß ihre Interessen identisch sind mit denen ihrer Arbeitsbrüder in privaten Betrieben. Sie wissen, wo sie hingehören und brauchen keine Bevormundung.

-o. **Der geistliche Schwindler** Joseph Peter Berg, über dessen vertagt gewesene Verhandlung vor dem Schöffengericht wir vorgestern bereits berichteten, kam nunmehr zur Aburteilung. Als sachverständiger Zeuge über die Angaben der sogenannten geistlichen Würde oder Qualifikation des Angeklagten war für diesmal Kaplan Fessler geladen. Er fragte zunächst, ob es nicht angängig sei, während der Erstattung seiner Auslage die Oeffentlichkeit auszuschließen. Dies wurde selbstverständlich abgelehnt. Der Zeuge ist mit Berg in kurzen näheren Verkehr getreten. Nachdem, was er vom Angeklagten erfahren, habe er annehmen müssen, daß Berg wirklich die vier niederen Weihen erhalten habe, also minorus sei. Daß schon diese Art der Vorbereitung die Verpflichtung zum Tragen priesterlicher Kleidung in sich schließe, bestätigt er; wenn auch damit noch nicht der Zwang, im geistlichen Stande bleiben zu müssen, verbunden sei. Ob der Angeklagte berechtigt war, sich den Titel l' Abbé beizulegen und über den eigentlichen Charakter dieses Titels kann er bestimmtes auch nicht angeben. Berg bestreitet, sich den Titel Licenziat der Theologie beigelegt oder ihn auf seiner Visitenkarte geführt zu haben. Er will sich als Licenziat der Philosophie bezeichnet haben, was allerdings von dem einen Zeugen ganz entschieden bestritten wird. Im übrigen bestreitet Berg, irgendwie die Absicht gehabt zu haben, jemand betrügen zu wollen. Er habe im Vertrauen gehandelt, daß seine Eltern alles bezahlen würden. Daß er sich als Sohn eines reichen Fabrikanten ausgegeben, schiebt er auf seine krankhafte Veranlagung. Daß er in Belgien Schulen und künftig seine Gymnasialbildung erlangte, sei darauf zurückzuführen, daß ihm die französische Sprache geläufiger ist als die deutsche (er spricht aber sehr gut deutsch mit markantem rheinländischen Tonfall). Seine Eltern haben zwar nachträglich und auf Anfragen einzelner der Geschädigten Ersatz zum größten Teil geleistet, aber daß es mit ihren Mitteln nicht überschwenglich zu sein scheint, geht aus der Thatsache hervor, daß er nur etwa 20 M. monatliches Taschengeld erhielt. Endlich muß noch erwähnt werden, daß der zukünftige „Diener Gottes" in Dalweiler wegen Betrugs bereits mit einem Verweis bestraft wurde. Unter Freisprechung in zwei Fällen trifft ihn eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten, wobei die Untersuchungshaft mit einem Monat in Anrechnung kommt.

Zu der ersten Verhandlung verweigerte ein Zeuge mit dem Hinweis darauf, daß er Christ sei, die Ableistung des Eides. Auf den Einwand des Vorsitzenden, er müsse den Eid leisten, erwidert der Zeuge, wenn er bei Gott schwöre, ohne daß er daran glaube, so sei das doch eine große Lüge. Das wäre gerade so, als wenn er bei seiner Großmutter schwören würde und er habe keine. Er wolle ja den Eid leisten, habe aber geglaubt, seine Bedenken dagegen geltend machen zu müssen.

Das Gericht unter Vorsitz des Oberamtsrichters Flechsig erblickt in diesen Bedenken und der Art, wie sie ausgesprochen worden, eine grobe Zeugenpflicht und diktiert dem Zeugen eine Haftstrafe von 3 Tagen zu, die er trotz seines Protestes sofort antreten muß.

Z. Um Landabtretung zur Verbreiterung der Sebnitzer Straße (Neustadt) handelte es sich in der Anfechtungsklage der Frau Johanna Ludowika verw. **Trepte** vor dem hiesigen **Oberverwaltungsgericht.** Die Genannte besitzt auf der Sebnitzer Straße, zwischen der Görlitzer- und Alaunstraße, ein bebautes Grundstück, das jetzt sieben Meter über die im jetzigen regulierte Straße hinausragte. Hierdurch wird ein Winkel gebildet, der zur Ablagerung von allen möglichen und unmöglichen Sachen benutzt wird und dadurch einen unschönen Anblick gewährt. Eine größere Anzahl Hausbesitzer der genannten Straße wandte sich deshalb beschwerdeführend an den Stadtrat, der neue Verhandlungen mit Frau Trepte pflog, die jedoch zu keinem Ergebnis führten, da für Abtretung des zur Verbreiterung der Straße benötigten Areals eine Entschädigungssumme von 5000 M. gefordert wurde. Unter Strafandrohung erinnerte wohl der Rat die Frau an ihre früher eingegangenen Verpflichtungen. Als nämlich Frau T. im Jahre 1883 auf ihrem Grundstücke ein Haus bauen wollte, wurde ihr laut Antrag vom 7. August desselben Jahres die Bauerlaubnis nur unter der Bedingung erteilt, daß sie jederzeit auf Ersuchen das zur Straßenverbreiterung notwendige Areal unentgeltlich abtrete. Später unterwarf sich die Frau noch einer weiteren Bedingung, indem sie dem Stadtrat die Widerrufserklärung einräumte. In ihrer Situation rief nun Frau T. die Kreishauptmannschaft zur Entscheidung an, die jedoch dem Stadtrat Recht gab. Sie erhob nun die Anfechtungsklage, indem sie zur Begründung ausführte, die Entscheidung der Vorinstanz stehe im Widerspruch mit den allgemeinen anerkannten Rechtsgrundsätzen, auch habe der Stadtrat unterlassen, bei Abschluß des zweiten Vertrages sie über die veränderte Rechtslage aufzuklären. Zur Erhöhung des Wohnhauses sei sie gezwungen gewesen, da das umstoßende Gebäude, welches viel höher war, den Rauchfellen den Wind wegnahm. Dies hätte schon genügender Grund sein müssen zur Thorsperrerteilung ohne die fraglichen Bedingungen, die zu stellen der Rat gar nicht berechtigt gewesen sei. Deshalb fühle sich Klägerin für berechtigt, den Vertrag für nichtig zu halten und Kondictionsanspruch zu erheben. Das Oberverwaltungsgericht erkannte indessen ebenfalls auf Abweisung der Klage. Frau T. muß die Kosten sämtlicher Instanzen tragen.

Arbeitszeitverkürzung in der Artilleriewerkstätte. Sämtliche Arbeiter arbeiten jetzt 15 Stunden wöchentlich weniger, mit Ausnahme der Sattler und Schlosser, die fünf Stunden wöchentlich verkürzt arbeiten.

Dem Böhmischen Bier droht abermals ein Preisaufschlag. Der Brauindustrieverein für Böhmen beschloß in seiner letzten Hauptversammlung angesichts der Thatsache, daß die Landes-Bierumlage Gesetz werden wird, die Landes-Biersteuer, „die weder von der Brauerei-Industrie noch von den Gastwirten getragen werden könne, auf die Konsumenten abzuwälzen". Nach dem Inkrafttreten des Landesgesetzes, betreffend die Biersteuer, soll eine Versammlung aller Brauer Böhmens einberufen werden, die zwischen der Brauerei-Industrie und der Gastwirtschaft das Nähere vereinbaren soll.

Unzufriedene Offiziere. In einer zweiten Versammlung inaktiver Offiziere, die unter dem Vorsitz des Herrn Oberstleutnant a. D. von Mach im Hotel Stadt Gotha stattfand und sich wiederum mit der Stellungnahme zum neuen Militärpensionsgesetze beschäftigte, wurde der Entwurf zu einer an den Reichstag zu richtenden Petition verlesen. Gleichzeitig sollen entsprechende Petitionen an das sächsische und das preußische Kriegsministerium gerichtet werden. Ein aus acht Herren bestehender Ausschuß soll die Petitionen, deren Inhalt auch den inaktiven Offizieren anderer als Sammelpunkt von Pensionären geltender Städte zur Kenntnisnahme vorgelegt werden soll, durcharbeiten.

---

gegangen, wonach zunächst eine einmalige Unterstützung von 300 M. unter der Bedingung verwilligt wird, daß zuvor ein Arbeitsprogramm aufgestellt und an die Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler in Dresden eingesendet wird. An der Burg haben sich Kunstformen, nach denen ihr Alter festgestellt werden könnte, leider nicht erhalten. Doch weisen manche Gewölbformen auf eine frühere Zeit, als man bisher zumeist annimmt. Teile der Burg scheinen auf das 13. Jahrhundert zurückzuweisen. Außerordentlich rasch fördert der Verfall der Burg fort. 1840 standen noch drei Giebel, die auf Anordnung der Amtshauptmannschaft wegen Einsturzgefahr abgebrochen werden mußten. Trotzdem bietet die Burg noch ein großes Gesamtbild.

Der Zukunftstraum des Luftschiffers. In Amerika ist jetzt ein „Aeronautischer Weltverein" gegründet worden, der ein Mittelpunkt für alle großen Erfindungen mit Bezug auf die Luftschiffahrt jenseits des Ozeans zu werden bestrebt ist. Man scheint dort sehr siegesgewiß daran zu denken, daß die endgültige Lösung der technischen Aufgabe auf diesem Gebiet nahe bevorsteht. In einer von dem Verein herausgegebenen Schrift wird ein ganzes Bündel entweder ganz oder teilweise abgeschlossener Erfindungen erwähnt, deren jede Anspruch auf einen vollkommen praktischen Erfolg erhebt. Es ist merkwürdig, wie sich die amerikanische Phantasie gerade in solchen technischen Hoffnungen überbietet. Es heißt nämlich in der betreffenden Schrift des „Aeronautischen Weltvereins" folgendermaßen: „Die Flugmaschine wird weit stabiler sein als ein Fahrrad, und man wird ihre Handhabung auch weit leichter lernen können. Es ist zu berücksichtigen, daß bei der Flugmaschine der Schwerpunkt unter den Mittelpunkt der ganzen Maschine fallen wird, so daß die lenkende Person es viel leichter hat, den sie tragenden Apparat zu steuern, als etwa auf einem Fahrrad das Gleichgewicht zu halten oder auch nur ein Boot auf dem Wasser zu dirigieren. Die wunderbare und leistungsfähigste Luftmaschine wird diejenige sein, die infolgedessen von seinem „intelligenten Ballast" gesteuert wird, nämlich dem Luftschiffer, der unter ihr und zwar in der Nähe der Hauptachse des Systems angebracht ist, so daß er die Flächen des Aeroplans willkürlich und halb unbewußt in die richtige Stellung zum Winde zu bringen vermag. Es läßt sich denken, daß diese nötigen Bewegungen ebenso rasch und unvermittelt ausgeführt werden können, wie die Bewegungen eines Menschen beim Gehen, der gewohnheitsmäßig einen Fuß vor den anderen setzt. So seltsam es klingen mag, werden nach diesen Grundsätzen die Luftschiffbauer den Entwurf und den Bau, die Luftschiffer selbst die Bemannung aller Arten von Luftschiffen übernehmen, von solchen, die nur eine einzelne Person tragen, bis zu solchen von größerem Raumgehalt und größerer Ladefähigkeit als die größten Schiffe, die jetzt das Weltmeer durchfurchen." Von der Phantasie der „Luftschiffbauer" braucht man in der That vorläufig größere Leistungen nicht zu verlangen.

Postbetrieb in Deutschland. Nach den Aufstellungen im deutschen Reichspostamt über die Leistungen der Post im Jahre 1901 betrug die Gesamtzahl der aufgegebenen Postsendungen 4,7 **Milliarden.** Das bedeutet eine Steigerung von 211 Millionen Stück gegen das Jahr 1900. 1891, also vor zehn Jahren, betrug die Zahl nur 2½, 1881 1½ Milliarden. Auf die einzelnen Gattungen von Sendungen verteilt, ergeben sich folgende Ziffern: Briefsendungen (Briefe, Karten, Drucksachen) sind 3141½ Millionen aufgegeben und 3096 Millionen eingegangen. Auf jeden Einwohner kommen jetzt 65,4 Stück aufgegebene Briefsendungen gegen 61, 54, 50 und 47 in den Jahren 1900, 1899, 1898, 1897 und 29 im Jahre 1881. Die Zahl der eingegangenen Briefsendungen betrug 64,5 auf den Kopf. Aufgegeben wurden ferner 1138½ Millionen Zeitungsnummern, 159 Millionen gewöhnliche Pakete, 4,9 Millionen Postaufträge. Eingegangen sind 1112 Millionen Zeitungsnummern. Postanweisungen wurden 133 Millionen Stück mit 8148 Millionen M. eingezahlt; 134 Millionen Stück mit 8168 Millionen M. wurden ausbezahlt.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. Der Vorschlag der deutschen Regierung auf Einberufung einer **internationalen Konferenz für drahtlose Telegraphie** ist nunmehr von allen interessierten Staaten angenommen worden. —

Die deutsche Mathematikervereinigung hat beschlossen, den dritten internationalen **Mathematiker-Kongreß** anfangs August 1904 in Heidelberg abzuhalten. —

Max **Klinger** traf in **Wien** ein und überbrachte seinen Entwurf für das Wiener **Johannes Brahms-Denkmal.** —

Die vierakt'ge Legende **Friede** von Rudolf **Hawel** wurde von der österreichischen Zensur freigegeben und wird noch im Oktober im Deutschen Volkstheater in Wien zur Aufführung gelangen. —

Im Hoftheater zu Schwerin wurde **Schwester Fides**, Schauspiel von Frau **Lu Volbehr**, der Gattin des Magdeburger Kunstwallendirektors Theodor Volbehr, aufgeführt. Das Publikum spendete dem sehr ernsthaften und künstlerisch entschieden beachtenswerten Werke, das als Buch im Seemannschen Verlage in Leipzig erschienen ist, freundlichen Beifall. —

Die Hofkomödie **Serenissimus** von **Leo Feld**, die allabendlich im Berliner Kleinen Theater (Schall und Rauch) zur Aufführung gelangt, ist von der Direktion des Deutschen Volkstheaters in Wien erworben worden. —

Die von dem verstorbenen Professor **Joseph Kürschner** herausgegebenen praktischen Handbücher und Sammelwerke (Kürschners Literaturkalender, Staatshandbuch, Jahrbuch, Universal-Konversations- und Fünf-Sprachen-Lexikon, Bücherschatz usw.) werden von seinem langjährigen Freunde und Mitarbeiter **Hermann Hillger** in Berlin fortgeführt. —

Im Verlage von **Heinrich Minden**, Dresden und Leipzig, erscheint demnächst in einzig berechtigter Uebersetzung **Entehrt**, Roman von **Giuseppe Marcotti**, einem bekannten italienischen Schriftsteller und Juristen, der in dem Werke die traurigen politischen Verhältnisse an der österreichisch-italienischen Grenze in der Form eines Romans so eindringlich zu schildern weiß, daß die Originalausgabe des Buches seiner Zeit von der Statthalterei zu Triest mit Beschlag belegt wurde. —

In **Wien** findet nächsten Dienstag im Jubiläumstheater die Erstaufführung von **Morred Untere Toni** statt. —

Rettung betitelt sich ein neuer Einakter von **Jon Lehmann**, der im Manuskript von den vereinigten Theatern in **Breslau** angenommen wurde. Das Stück erscheint im Verlag Fusch. —

Ueber den Wassern von Georg **Engel** gelangte kürzlich in **Görlitz** und **Halle** mit ganz außergewöhnlichem Erfolge zur Aufführung. —

Das vierakt'ge Drama **Hochwasser** von Hermann **Reichenbach**, das bei seiner Erstaufführung im Deutschen Schauspielhause abgelehnt wurde, bezieht sich stofflich auf den **Hamburger Hafenarbeiterstreik** von 1897. —

Paul Heyse ist von Berliner Freunden gebeten worden, am **7. Oktober** nach Berlin zu kommen und vor dem Bezirksausschuß persönlich seine Sache zu führen. Es handelt sich um das **Aufführungsverbot** seines biblischen Dramas **Maria von Magdala** auf Grund einer Ministerialverordnung aus dem Jahre — 1847! Da hiermit eine für das literarische Leben prinzipielle Frage zur Entscheidung kommt, ist es nicht unmöglich, daß der greise Dichter der Bitte willfährt. —

Wie aus **Wien** berichtet wird, gilt des Hofoperndirektors **Gustav Mahlers** Stellung für erschüttert und sein Rücktritt nicht für unwahrscheinlich. —

Der **Wiener Akademische Verein für Kunst und Literatur** bereitet eine Aufführung von **Oskar Wildes Drama Salome** vor. Das Werk wurde vom Münchner Akademisch-dramatischen Verein im vorigen Jahre ebenfalls mit großem Erfolg zur Darstellung gebracht. —

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021003/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Einbruch in ein Rechtsanwaltsbureau. In der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. Bendel, Altmarkt 3, 2., über dem Café Central, ist in der Zeit von Sonnabend den 27. September, nachmittags 3 Uhr, bis Sonntag den 28. September, mittags 12 Uhr, ein Einbruchsdiebstahl verübt worden. Der Thäter, der offenbar mit den Verhältnissen bekannt war und wußte, daß die Kanzlei zur fraglichen Zeit geschlossen ist, ist anscheinend mittels Nachschlüssels in die Räume gelangt. Er hat eine in einen Schreibtisch eingelassene schwere eiserne Kassette erbrochen und den darin aufbewahrten Betrag von 2000 M., bestehend in drei Fünfhundertmarkscheinen, drei Einhundertmarkscheinen und 200 M. in Gold- und Silbergeld, gestohlen. Das gesamte Aktenmaterial ist unberührt geblieben. Der Bestohlene ersucht alle, die etwas Verdächtiges zu bekunden vermöchten, Mitteilung an ihn oder an die Polizeidirektion, Kriminalabteilung, gelangen zu lassen und sichert für die Ermittelung des Thäters 100 M., für die Wiederbeschaffung des Geldes 300 M. Belohnung zu.

Statistisches. Aus einer Statistik des Milchempfanges Dresdens ist zu ersehen, daß im Jahre 1901 allein mit der Eisenbahn 49 603 040 Kilogramm Milch nach Dresden geliefert wurden; beinahe ⅔ dieser Menge gingen auf dem Bahnhofe Dresden-Neustadt ein. Die meiste Milch, nämlich 2,1 Millionen Kilogramm, lieferte Dippoldiswalde, über 1 Million Kilogramm lieferten Arnsdorf, Heinsberg(?), Radeberg, Bischofswerda, Gunnersdorf, Seifchen(?), Großharthau; im ganzen ging aus 156 Orten Milch ein. — Die Zahl der Fernsprechstellen im Kammerbezirke Dresden stieg seit dem Vorjahre von 11 504 auf 12 765, also um 10 Proz.; die Gesamtzahl der ausgeführten Gespräche stieg von 25 340 100 auf 29 392 900 oder um rund 18 Prozent; die Gesamtzahl aller Teilnehmer um 5,4 Prozent.

Verlegung von städtischen Geschäftsstellen. Die bisher vom Hochbauamte erledigten Geschäfte der Gemeindegrundbesitzverwaltung gingen gestern auf das Stadtbauamt A I über. Die Amtsräume der genannten Verwaltung wurden nach dem Ständehaus an der Kreuzkirche 6, Erdgeschoß, verlegt, während die Einziehung der Miet- und Pachtzinsen nach wie vor von dem bisher hiermit beauftragt gewesenen Kassenbeamten erfolgt.

Rauferei. In einem Löbtauer Restaurant entstand am Mittwoch abend gegen 8 Uhr zwischen zwei Gästen Streit, welcher alsbald in Thätlichkeiten ausartete, wobei einem der Beteiligten ein Bierglas derartig an den Kopf geworfen wurde, daß dasselbe in mehrere Stücke zersprang und der Getroffene mehrere klaffende Wunden davontrug, die genäht werden mußten. Der Streit entstand beim Billardspielen, indem jeder behauptete, am besten gespielt zu haben.

Von den Armen und Elenden. Im Asyl für obdachlose Männer wurden im Monat September 1881 Personen aufgenommen, davon für Rechnung des Stadt-Armenamtes 768. Vom 1. Oktober 1881 bis ult. vorigen Monats wurden 380 709 Personen aufgenommen, 38 990 badeten. In den Schuhmacher- und Schneiderwerkstätten arbeiteten vom 2. März 1896 bis ult. vorigen Monats 18 203 Mann.

Zentraltheater. Am Sonntag nachmittag 3½ Uhr wird zu halben Preisen das Oktober-Programm zur Aufführung gebracht.

Erstarrt. Der auf dem Gruenauer(?) Meierhofe beschäftigte Schaffner Baden fand Donnerstag früh gegen ½6 Uhr einen ganz erstarrten Mann sterbend auf. Mit Hilfe herbeigeeilter Dienstboten wurde versucht, denselben wieder auf die Füße zu bringen, was sich aber als vergeblich erwies, da der Fremde kurz darauf verstarb. In der Leiche wurde nach den vorgefundenen Papieren der am 15. November 1847 hier geborene und zuständige [illegible] Moritz Ehler, zuletzt hier wohnhaft, rekognosziert. Man fand bei dem Toten u. a. einen Schlüssel, eine Ledertasche mit Photographie, ein Mitgliedsbuch der Krankenkasse, ein Arbeitszeugnis und einen [illegible] vor. Der Verwalter des Meierhofes gab an, daß er dem Genannten, der total berauscht war, am Sonnabende begegnet ist, als er den Weg nach dem Meierhof einschlug. Da der betreffende Weg, wo sich der Trunkene in den Straßengraben gelegt, in der Nacht nicht begangen wurde, blieb Ehler die ganze Nacht ungestört liegen und wurde so ein Opfer des Alkohols. Der herbeigeholte Arzt Herr Dr. med. A. Berg konnte nur noch den Tod durch Herzschlag konstatieren. Es wurde sodann die Ueberführung der Leiche in die Totenkammer angeordnet.

Die Unterzeichneten erklären hiermit, daß sie die in Bezug auf die Firma A. R. Schulze, Steinmetzgeschäft hier, in den Nummern 130, 135 und 141 dieser Zeitung veröffentlichten Behauptungen nicht aufrecht erhalten können und wollen und daß ihnen [illegible] gelegen habe, den Firmeninhaber zu beleidigen. Redakteur Klein. Robert Zeitsch(?).

Vermischte Nachrichten. Mittwoch früh gegen 4 Uhr brach in einer Küche im ersten Obergeschoß des Seitengebäudes Heinestraße 9 ein Brand aus, zu dem die Feuerwehr alarmiert wurde. Der Brand war unter der Kochmaschine, vermutlich durch eine schadhafte Stelle in der Feuerungsanlage veranlaßt, entstanden und hatte den Fußboden, einen Balken und die Decke im Erdgeschoß zerstört. Noch bevor die Feuerwehr eintraf, war schon von den Bewohnern die Kochmaschine abgebrochen und Löschversuche gemacht worden, die aber zu keinem Resultate geführt hatten. Nachdem die Feuerwehr die brennenden Holzteile vollständig freigelegt hatte, vermochte sie den Brand in kurzer Zeit zu löschen. — Donnerstag nachmittag 3½ Uhr wurde die Feuerwehr zu einem Brande nach dem Grundstücke [illegible]straße 14 in Vorstadt Striesen gerufen. Im Erdgeschoß des Hintergebäudes daselbst wohnt der Schuhmacher Pietzschmann, der neben der Wohnung auch eine Werkstatt mit separatem Eingang vom Hofe inne hat. Dieser hatte nun in einem Wahnsinnsanfalle — möglicherweise Tobsuchtsanfalle — und währenddem seine Frau auf kurze Zeit zu ihrer in der Nähe wohnenden Mutter gegangen war, in der Werkstatt sowohl als auch in der Schlafstube, nachdem er vorher die Federbetten zerrissen, Feuer angelegt. Hausbewohner, die sein Vorhaben bemerkt und ihn daran zu hindern suchten, bedrohte er. Nicht anders ging es den von der Feuerwache in der Dürerstraße zuerst eintreffenden Mannschaften, die indessen den wie rasend um sich schlagenden Menschen bald bewältigten und den inzwischen angekommenen Schutzleuten übergaben. Diese brachten ihn nicht ohne Mühe zunächst nach ihrer Bezirkswache. Was den Mann, dem von Nachbarn wie auch von der Hauswirtin das beste Zeugnis ausgestellt wird, zu dieser That getrieben hat, bedarf noch der Aufklärung. Der Brand konnte bald unterdrückt werden, indessen ist der in der Schlafstube angerichtete Schaden ziemlich beträchtlich, der in der Werkstatt aber ganz geringfügig geblieben. — Auf der Landstraße in Vorstadt Seidnitz(?) riß am Dienstag nachmittag ein Radfahrer einen drei Jahre alten Knaben um. Das Kind war unvorsichtig aus dem Straßengraben gesprungen, als der Radfahrer vorbeifuhr. Es kam mit leichten Verletzungen davon.

Polizeibericht. Am Mittwoch abend hat sich ein 4 Jahre altes Mädchen aus einem Gehöft(?) in der Eisenstraße entfernt und wird seitdem vermißt. Das Kind hat kurzgeschnittenes, hellblondes Haar und blaue Augen. Bekleidet ist es mit rotem Kleidchen, schwarzer Schürze, schwarzen Lederhalbschuhen und schwarzen Strümpfen.

Bei der Beschäftigung an einem Fahrstuhl erlitt gestern in einer Fabrik in der Friedrichstadt ein Arbeiter eine Fußquetschung.

Versammlungskalender für Sonnabend.

Bürstenmacher. Abends 9 Uhr Versammlung im Volkshaus.
Sattler. Abends 9 Uhr Versammlung in Gäbels Restaur., Neustadt, Markgrafenstraße 11.
Papierbranche. Abends 9 Uhr Versammlung bei Adam, Kaulbachstr. 16.
6. Wahlkreis. Gruppe Kaitz-Leubnitz. Abends 9 Uhr Versammlung.
Unterstützungs- und Begräbniskasse der Tischler zu Dresden. Abends 8 Uhr Generalversammlung im Rest. Hans Sachs, Scheffelstraße.
Verein für Volksbildung. Abends 9 Uhr Vortrag.

Gerichts-Zeitung.

Geschworenengericht.

–e. **In einem dritten Falle von Sittlichkeitsverbrechen** hatten die Geschworenen über den Handarbeiter Karl Oswald Julius Kevich(?) aus Berlin zu urteilen. Nach geheimer Verhandlung wird er unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig befunden, das Verbrechen an einer 14jährigen Dienstmagd von Gunnersdorf begangen zu haben. Auf ein Jahr drei Monate Gefängnis neben drei Jahren Ehrverlust lautet das Urteil.

Fälschlich geleisteter Offenbarungseid brachte den 1852 in Kreinitz(?) bei Oschatz geborenen Korbmacher Johann Karl Gottlieb Theile vor die Geschworenen. Der 50 Jahre alte Angeklagte ist von dem Amtsgerichte Riesa wegen gefährlicher Körperverletzung und Beamtenbeleidigung vorbestraft. Theile lebt von seiner ersten Ehefrau geschieden, da er diese in roher Weise mißhandelt hat. Am 4. Juni dieses Jahres heiratete der Angeklagte seine jetzige Ehefrau. Die Ehe ist auch nicht glücklich. Am Tage nach seiner zweiten Verheiratung wurde Theile erfolglos ausgepfändet und darauf zur Leistung des Offenbarungseides vorgeladen. Der Angeklagte soll am 30. Juli vor dem Amtsgericht Riesa diesen Eid wissentlich falsch geschworen haben. Theile hat in dem von ihm angefertigten Vermögensverzeichnisse absichtlich einen Glasschrank nebst Gläsern(?), einen Handwagen, einen Ueberzieher und eine Kiste mit verschiedenem Hausgerät nicht mit aufgeführt, auch wahrheitswidrig versichert, daß der Kleiderschrank seiner zweiten Ehefrau gehöre. Der Angeklagte bestreitet, er habe sein Vermögen in dem Verzeichnisse vollständig angegeben. Dem Wahrspruche der Geschworenen gemäß wurde Theile zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, wovon 3 Monate als verbüßt gelten, und 3jährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt, auch dauernd für unfähig erklärt, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden.

Versammlungen.

Tischler. In einer am 23. September im Saale des Trianons abgehaltenen Tischlerversammlung hatte zum ersten Punkt der Tagesordnung: Tarifliche Vereinbarung und das Unternehmertum, speziell die Tischlerinnung zu Dresden, Kollege Lauter das Referat übernommen. Er wies nach, daß der Tarif von Kollegen sowie vom Meistern nicht eingehalten wird und nur ein Teil den Tarif voll bezahlt erhält; er forderte die Kollegen auf, da im Arbeitsnachweis das Angebot nicht mehr so stark ist, den Tarif hoch zu halten, und wenn es die Folge der Arbeitsniederlegung mit sich bringt. Am Schlusse beantragte der Referent folgende Resolution: „Die am 23. September im Trianon tagende Tischlerversammlung beauftragt den Gesellenausschuß, bei der Innung folgende Anfragen zu stellen:

Ist die Innung gewillt, bei ihren Mitgliedern vorstellig zu werden betreffs Einhaltung des im Jahre 1897 vereinbarten Lohntarifs? Ist die Innung gewillt, mit dem Gesellenausschuß gemeinsam die Tarif- und Arbeitsbedingungen weiter auszubauen und in Unterhandlungen einzutreten zwecks Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises?"

In der darauf folgenden Debatte wurde noch folgender Antrag gestellt: 1. Die Kollegen der Werkstatt Schurig nochmals zu einer Besprechung einzuladen, 2. die Verwaltung des Konsumvereins aufzufordern, die auf dem Neubau notwendigen Tischlerarbeiten nur an Meister zu vergeben, die den Tarif einhalten.

Die Resolution sowie die Anträge werden nach einer ernsten Debatte fast einstimmig angenommen. Zum Punkt Gewerkschaftliches giebt der Bevollmächtigte noch einiges bekannt und schließt die interessante Versammlung mit einer ernstlichen Ermahnung, auch das Beschlossene zu beherzigen und hochzuhalten, sowie alle Unorganisierten zu veranlassen, dem Verband beizutreten. (Eing. 30. 9.)

Feingoldschläger. Am 24. September fand eine Goldschlägerversammlung mit der Tagesordnung: Der Kontraktbruch bei Joh. Moritz Müller statt. Bevollmächtigter Hoffmann berichtete über die am selben Tage nachmittags stattgefundene Verhandlung mit Herrn Müller. Er führte aus, daß, nachdem er von den Gehilfen und Beschneiderinnen der Firma J. M. Müller ermächtigt worden war, in Verhandlungen mit dem Prinzipal einzutreten, und auch Herr Müller sich dazu bereit erklärt hatte, es zu folgenden Vereinbarungen gekommen sei: Herr M. hat sich durch Unterschrift verpflichtet, von den 20 Dünnschlägern die Hälfte Sonnabend den 27. September einzustellen, den 4. Oktober weitere zwei Sechstel der Gehilfen, die übrigen aber erst nach Bedarf, da er durch den 11wöchigen Streik viele Kunden verloren habe und diese erst wieder zu erwerben versuchen müsse. [illegible] will er auch die Beschneiderinnen einstellen. [illegible] folge Aufstellens eines Dampfhammers nur einen brauchen, und [illegible] er diesen selbst bestimmen. Bezüglich der Streikbrecher [illegible] worden, daß Hilse, Dietrich und Tiese sowie [illegible] Habel, Teich und Ziehme in dem Betriebe bleiben [illegible] Fischer aber will Herr Müller entlassen. Kollege Hoffmann bittet die Versammlung, diesen Vorschlag anzunehmen, [illegible] der gegenwärtigen Situation nichts anderes zu erreichen [illegible] diejenigen, die wieder anfangen können, von den [illegible] bestimmt werden könnten. Ein Antrag, über den Vorschlag [illegible] abzustimmen, wurde angenommen und wie folgt abgestimmt: [illegible] wurden 129 Stimmen und zwar 111 für und 15 gegen [illegible] 3 Zettel waren unbeschrieben. Nachdem noch darauf [illegible] war, die noch feiernden Kollegen und Kolleginnen [illegible] unterstützen, ging folgende Resolution ein: „Die beschäftigten [illegible] und Arbeiterinnen verpflichten sich, die Kollegen und Kolleginnen [illegible] gewonnen sind, noch länger zu feiern, durch Aufbringung [illegible] zu unterstützen, daß sie auf den Minimallohn des Tarifs kommen." Die Ausführung dieser Resolution wird den Vertrauensleuten und den Bevollmächtigten des Verbandes übertragen. Sie wurde einstimmig angenommen und erfolgte hierauf Schluß der Versammlung. (Eing. 30. 9.)

Dachdecker u. verw. Berufe. Am 27. September tagte im [illegible] hause eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Bericht vom Gautage in Chemnitz; Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkte berichtete Kollege Gläser. Folgende Städte waren durch ihren Delegierten auf dem Gautage, der am 7. September in Chemnitz tagte, vertreten: Chemnitz, Dresden, Riesa, Freiberg, Altenburg (Zittau und [illegible] waren nicht vertreten). Die Chemnitzer Kollegen waren [illegible] erschienen und folgten den Verhandlungen mit besonderem Interesse. [illegible] der Tagesordnung: Bericht des Gauvorsitzenden, Agitation [illegible] Organisation und allgemeines, wurden die ersten beiden Punkte [illegible] Kollegen Schreinert Dresden behandelt. Er gab zunächst die Zahl der Mitglieder in unserem Gaue bekannt, die von 163 im [illegible] auf 206 bis dato gestiegen ist, ebenso haben wir zwei neue Filialen zu verzeichnen (Freiberg und Altenburg). Infolge der regen [illegible] in unserer Gaukasse ein kleines Defizit von 6,70 M. entstanden. Die Filiale Plauen i. V. ist uns verloren gegangen; unsere [illegible] sind an der Lauheit der dortigen Kollegen gescheitert. [illegible] touren sind vom Gauvorsitzenden unternommen worden und 80 Briefe und Karten wurden abgeschickt. Die Arbeitszeit ist in

Chemnitz	10	Stdn., Lohn	40—42 Pf.,	Schutzvorschriften	schlecht
Dresden	10—11	" "	46—50 "	"	schlecht
Riesa	10	" "	35—36 "	"	mangelhaft
Freiberg	12—15	" "	26—30 "	"	gut
Zittau	12—14	" "	30—32 "	"	mangelhaft
Zwickau	11	" "	40—45 "	"	gut
Altenburg	10	" "	35 "	"	gut

Unglücksfälle waren nicht zu verzeichnen. Die Errichtung von Arbeitsnachweisen ist im Gange. Zum 2. Punkt wies Kollege [illegible] in seinem Referat auf die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit, Errichtung von Arbeitsnachweisen, Festsetzung eines Minimallohnes, Durchführung eines einheitlichen Bauarbeiterschutzes und Anstellung von praktischen Baukontrolleuren aus den Reihen der Arbeiter hin. Am Schlusse sprach er sein Bedauern über das uns beschämende Resultat der Urabstimmung für die Arbeitslosenunterstützung aus. Er erachtet es als eine Pflicht, die ein jeder Kollege sich und den Seinen schuldig wäre, für die Arbeitslosenunterstützung, sowie für die von ihm angeführten Punkte einzutreten und dafür zu agitieren. Als Ort für den nächsten Gautag wurde Riesa bestimmt; als Gauvorsitzender wurde Schreinert-Dresden wieder und Gläser und Windmann ins Agitationskomitee gewählt. Beschlossen wurde, das entstandene Defizit in der Gaukasse von den Filialen provisional tragen zu lassen, sowie die nächste Agitation in Altenburg, Döbeln, Waldheim, Freiberg, Zittau, Meißen und [illegible] zu entfalten. Die Ausführungen Gläsers wurden ohne Debatte entgegengenommen. Unter Gewerkschaftlichem wurde bekannt gemacht, daß ein Extrabeitrag von 10 Pf. pro Mitglied dieses Jahr für das Gewerkschaftskartell zu entrichten sei. Abstimmungen über Anträge sollen nur nach der Mitgliederzahl, die der Kartelldelegierte vertritt, vorgenommen werden. Zu der am 11. Oktober stattfindenden Innungskrankenkassen-Versammlung der Dachdecker wurde den [illegible] anheim gestellt, dafür zu sorgen, daß bei der Vertreterwahl die geeigneten Leute von unserer Seite in Vorschlag gebracht und gewählt wurden. Aufs tiefste hatte sich der Herr Hofdachdeckermeister [illegible] hier, verletzt gefühlt, weil sich seine Gesellen erdreistet hatten, an seinem diesjährigen Familienabend teilzunehmen. (Eing. 30. 9.)

Briefkasten.

O. K., Kaditz. Bitte das Manuskript in Zukunft nicht auf beiden Seiten zu beschreiben.

P. H., Gohrisch. Legen Sie beim Oberverwaltungsgericht (Dresden) Berufung dagegen ein. Unter die Amnestie fielen die [illegible] rechtskräftige Urteile oder solche, die bis 15. September rechtskräftig wurden. Uebrigens glauben wir nicht, daß der Fall unter die Amnestie fällt.

Wetterbericht nach der Wettersäule an der Augustusbrücke vom 3. Oktober, vormittags ½12 Uhr.

Barometer: 754. Veränderlich.
Thermometer: + 3½° R.
Thermometrograph: Min. +1, Maxim. +3.
Hygrometer: 84°.
Wasserstand der Elbe: — 164 cm.

Jedermann, ob Arbeiter, Handwerker oder Beamter, erhält Kredit!
Möbel auf Abzahlung als
Schränke, Vertikos, Kommoden
Bettstellen, Matratzen, Divans
Tische, Stühle, Spiegel, Küchenmöbel
Einzelne Stücke mit 5 Mk. Anzahlung.
Herren-Anzüge und Paletots
Jacketts — Hosen — Kinder-Anzüge
Damen-Konfektion, Röcke, Jacketts.
Alles in größter Auswahl und zu billigsten Preisen.
Karl Klingler, 3 Moritzstraße 3
neben dem Löwenbräu.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021003/8
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG